



## Protokollauszug der 43. Sitzung

### **Ausschuss für Digitales**

Berlin, den 20. September 2023, 15:00 Uhr  
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1  
Sitzungssaal: MELH 3.101

Vorsitz: Tabea Rößner, MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich - Seite 03**

Gespräch mit der neuen Präsidentin des  
Bundesamts für Sicherheit  
in der Informationstechnik  
Gast im Ausschuss: Claudia Plattner

### **Tagesordnungspunkt 3 – öffentlich - Seite 18**

Bericht der Bundesnetzagentur nach § 103 Abs. 5  
TKG zum Stand der Mobilfunkversorgung

**Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Becker, Dr. Holger Kassautzki, Anna Klüssendorf, Tim Marvi, Parsa Mesarosch, Robin Mieves, Matthias David Schätzl, Johannes Wagner, Dr. Carolin Zimmermann, Dr. Jens Zorn, Armand	Bartz, Alexander Diedenhofen, Martin Esken, Saskia Hakverdi, Metin Leiser, Kevin Müller (Chemnitz), Detlef Papendieck, Mathias Schneider, Daniel Träsnea, Ana-Maria Werner, Lena
CDU/CSU	Biadacz, Marc Brandl, Dr. Reinhard Durz, Hansjörg Hoppermann, Franziska Jarzombek, Thomas Kemmer, Ronja Reichel, Dr. Markus Santos-Wintz, Catarina dos Zippelius, Nicolas	Bär, Dorothee Hahn, Florian Hauer, Matthias Heilmann, Thomas Henrichmann, Marc Metzler, Jan Müller, Florian Schön, Nadine Steiniger, Johannes
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Bacherle, Tobias B. Grützmacher, Sabine Khan, Misbah Rößner, Tabea	Bär, Karl Christmann, Dr. Anna Gelbhaar, Stefan Klein-Schmeink, Maria Notz, Dr. Konstantin von
FDP	Funke-Kaiser, Maximilian Mordhorst, Maximilian Redder, Dr. Volker Schäffler, Frank	Föst, Daniel Höferlin, Manuel Konrad, Carina Kruse, Michael
AfD	Benkstein, Barbara Naujok, Edgar Schmidt, Eugen Storch, Beatrix von	Höchst, Nicole Janich, Steffen König, Jörn Wiehle, Wolfgang
DIE LINKE.	Domscheit-Berg, Anke Sitte, Dr. Petra	Pau, Petra Reichinnek, Heidi
fraktionslos	Cotar, Joana	



## Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

### Gespräch mit der neuen Präsidentin des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik Gast im Ausschuss: Claudia Plattner

Die **Vorsitzende**: Wir kommen zu TOP 2. Wir begrüßen ganz herzlich die neue Präsidentin des BSI. Zu Gast ist Claudia Plattner. Schön, dass Sie es einrichten konnten, zu uns zu kommen. Wir haben aber auch noch weitere Gäste anwesend. Hier sind nämlich auch der Parlamentarische Staatssekretär Johann Saathoff vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und Andreas Könen, Leiter der Abteilung Cyber- und Informationssicherheit. Wir freuen uns sehr, dass Sie zu uns in den Ausschuss gekommen sind. Wir hatten in der Vergangenheit immer wieder mit dem BSI hier im Ausschuss zu tun. In den vergangenen Wochen und Monaten hat hier Herr Schabhüser als Vizepräsident die Fahne hochgehalten. Umso schöner, dass Sie jetzt da sind, wir Sie kennenlernen und ins Gespräch kommen können. Wir haben vereinbart, dass Sie ein Eingangsstatement von fünf Minuten halten und wir dann zwei Debattenrunden à fünf Minuten haben. Wir machen immer fünf Minuten am Stück – direkt Frage und Antwort. Das ist dann für den Dialog insgesamt ein bisschen hilfreicher. Sie haben jetzt das Wort.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Vielen herzlichen Dank. Und der Dank auch an Sie alle für die Einladung. Ich freue mich sehr, heute hier sein und mich vorstellen zu dürfen. Ich werde versuchen, einen kurzen allgemeinen Überblick zu geben. Ich bin sicher, Ihre Fragen werden dann ein bisschen konkreter und auch ein bisschen bohrender sein. Das ist natürlich auch völlig in Ordnung. Ich bin in der Tat seit 80 Tagen im Amt, am 1. Juli angetreten. Ich bin hier, weil ich einen Anruf erhalten habe und man mir gesagt hat, dass es hier etwas zu tun gibt. Es gibt hier eine große Aufgabe und ich gebe zu, das ist mein persönlicher Trigger. Die Aussage, hier müsste einmal etwas gemacht werden, ist das, worauf ich tatsächlich reagiere. Ich habe lange darüber nachgedacht, ob ich das wirklich tun soll und habe dann gesagt: Doch, das ist eine große Aufgabe, die möchte ich tun. Und sie ist deshalb groß, weil die Situation ernst ist, wirklich sehr ernst. Ich weiß nicht genau, ob das schon überall angekommen ist, aber

sie ist ernst. Die Angreifer werden mit jedem Tag fitter. Wohingegen wir, seien wir einmal ehrlich, uns hier und da durchaus eher behäbig verhalten. Das betrifft die Wirtschaft, das betrifft aber auch uns als Behörden. Ich bin da sehr klar. Wir sind nicht unbedingt in einem guten Zustand. Aus meiner persönlichen Sicht, und hier spielen auch 20 Jahre IT-Management-Erfahrung mit hinein, ist es keine Frage, ob es uns trifft, sondern eigentlich nur, wann es uns trifft. Jetzt ist es aber so: Motzen hilft ja nicht, Machen hilft. Deswegen bin ich heute hier. Und ich möchte an dieser Stelle auch klar die Botschaft senden: Ein Klein-Klein wird uns hier nicht weiterbringen. Wir werden dieses Thema groß denken müssen. Das heißt für mich vor allen Dingen, dass wir dieses Thema überhaupt erst einmal – und zwar prominent – auf die Agenda heben müssen. Etwas konkreter: Kurzfristig müssen wir darüber nachdenken, wie wir die Resilienz ganz massiv steigern. Das ist aber wirklich harte Arbeit, das ist Handarbeit. Auch hier kann ich aus IT-Management-Erfahrung sagen, dass das nicht von heute auf morgen geht. Aber wir müssen das dringend angehen. Wir müssen das Thema Digitalisierung voranbringen. Wenn wir nicht über Digitalisierung sprechen und uns dort nicht auch selbst die Hände schmutzig machen, werden wir nicht wissen, wie wir uns in einer digitalisierten Welt vernünftig verteidigen. Da müssen wir hinein. Und das gilt auch für uns als Regierung und als Behörden. Mittelfristig müssen wir darüber nachdenken, wie wir das Thema Cybersicherheit gestalten. Gefühlt sind wir dauernd in einem reaktiven Modus, wir reagieren auf Angriffe. Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir Security by Design, Security by Default tatsächlich umsetzen. Da kommen Themen wie Standards, auch internationale Standards, internationale Kooperationen, Zertifizierung, Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung von derartigen Themen ins Spiel. Wir müssen Technologieprobleme auch mit Technologie lösen. Das heißt, wir müssen das Thema Technologiekompetenz in den Vordergrund stellen und auch technologische Antworten auf diese Fragen finden. Langfristig werden wir sehr klar darüber nachdenken müssen, wie wir einen Markt schaffen, in dem so etwas gedeihen kann. Also einen Cybermarkt innerhalb von Deutschland. Das wird nicht aus Behördensicht heraus gehen. Wir sind Stand heute 1.500 Leute. Selbst wenn man uns auf



das Zehnfache skalieren würde, was im Moment gar nicht so aussieht, hätten wir keine Chance. Das heißt, wir können dieses Thema nur im Zusammenspiel mit der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik angehen. Das heißt, wir müssen einen Markt für dieses Thema schaffen. Das geht wiederum nur, wenn wir entsprechend die Kompetenz und die Skills aufbauen. Das ist kein kleines Thema. Und wir werden dazu genau diesen Zusammenschluss brauchen. Das wird nicht leicht. Und lassen Sie mich auch ganz deutlich sagen, dass das nicht für umsonst geht. Und wir haben dort im Moment durchaus einen eklatanten Mangel-Widerspruch in dem, wie wichtig dieses Thema eigentlich ist – und zwar für die nationale Sicherheit – entgegen dem, wie wir es im Moment tatsächlich auch haushalterisch und von der Priorität her behandeln. Aber wir müssen, und andere machen das übrigens vor. Ich hatte vor Kurzem die Gelegenheit, mir in den USA deren Cyberstrategie genauer erklären zu lassen, und diese ist beneidenswert konkret. Ich glaube, dass wir das Eine oder Andere durchaus auch für uns übernehmen können. Wir werden das brauchen, und das aktuelle Klein-Klein wird uns an dieser Stelle auch nicht helfen, weder in der Diskussion um eine Zentralstelle, noch um die Frage, wie wir das Haushaltsthema an dieser Stelle lösen. Wir werden uns darum kümmern müssen. Wir werden Deutschland ein Stück weit zu einer Cyber-Nation machen müssen. Wir werden im Bereich Sicherheit und im Bereich der Digitalisierung leistungsfähig werden müssen. Dafür bin ich angetreten. Und ich werde mithelfen, so gut ich kann. Dankeschön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Plattner. Bevor die Fraktionen das Wort haben, möchte ich Ihnen im Namen des Ausschusses schon sagen, dass dieser Appell, den Sie hier sehr, sehr deutlich formulieren, bei uns im Digitalausschuss ein bisschen wie „Eulen nach Athen tragen“ ist. Wenn es einen Ausschuss gibt, dem es bewusst ist, wie ernst die Situation und die Lage ist, dann können wir das hier auch einschätzen. Dann kommen wir in die Debattenrunde. Der Erste für die SPD-Fraktion ist Jens Zimmermann.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Frau Plattner, herzlich willkommen. Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich lege einmal meinen Zettel zur Seite. Klein-

Klein, zentrale Stelle. Wie sieht Ihr Vorschlag für die große Lösung aus?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Alles klar. Challenge accepted, wie man so schön sagt. Ich glaube, dass wir in Deutschland unbedingt eine Stelle brauchen, die im Zweifelsfall zuständig ist und die in der Lage ist, ein Gesamtbild der Lage tatsächlich zu jedem Zeitpunkt zu liefern. Ich glaube, das brauchen wir. Die Informationen sind heute verteilt. Die müssen wir zusammenführen. Und wir müssen auch unsere Einsatzfähigkeit im Zweifelsfall, wenn es denn darauf ankommt, zusammenführen. Wir haben hier vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage tatsächlich die Konvergenz des zivilen ebenso wie des Verteidigungsthemas, und darauf müssen wir vorbereitet sein. Wenn in Bremen und in Berlin aufgrund eines Cybervorfalles, der gegebenenfalls durch eine geopolitische Lage aus dem Osten heraus getriggert wurde, gleichzeitig das Licht ausgeht, dann müssen wir wissen, wer wie zuständig ist, wie wir das machen, wer seine Aufgaben kennt, und ob wir zu jedem Zeitpunkt einen vollen Blick über die Lage haben. Das erwartet das Land von uns, und das müssen wir liefern.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Verstehe ich Sie richtig, dass Sie die Rolle der Länder, die dort momentan eher auf der Bremse stehen und auf ihre Zuständigkeit pochen, für keine so gute Idee halten?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich versuche grundsätzlich alles, was ich mit Kooperation lösen kann, auch mit Kooperation anzugehen. Ich bin nach wie vor sehr überzeugt davon, dass auch die Länder ein gemeinsames Interesse mit uns allen daran haben, dass wir eine Situation haben, die wir im Zweifelsfall auch wirklich beherrschen. Und ich gehe zunächst einmal davon aus, dass auch hier ein Interesse daran besteht, eng zusammenzuarbeiten. Der wichtigste Punkt an der Stelle ist der Wille zur Zusammenarbeit, und gar nicht so sehr der Formalismus, der dahinter steht. Wir müssen es aber möglich machen. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt. Wir müssen es möglich machen, dass wir gut miteinander arbeiten und kooperieren können.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Stichwort Kooperation, daran würde ich direkt gerne anschließen. Es stellt sich immer auch die Frage,



welches Bild das BSI nach außen, vor allem den Stakeholdern gegenüber, hat. Ich glaube, Sie sind da jetzt in einer sehr guten Position, weil Sie bis vor Kurzem noch auf der anderen Seite waren und gegebenenfalls mit dem BSI kooperiert haben oder hätten müssen. Jetzt sind wir hier im Parlament. Was wäre aus Ihrer Sicht zu tun? Gibt es überhaupt etwas zu tun? Vielleicht sagen Sie auch, dass alles passt, um das Bild des BSI als zentralen Vertrauensanker im Bereich IT-Sicherheit und Cybersicherheitsagentur zu stärken, um Ihnen damit auch das Ansehen zu geben, das Sie für Ihre Arbeit brauchen.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Vielen Dank für die Frage. Die ist natürlich vielschichtig. Ich versuche, ein oder zwei der Schichten tatsächlich zu adressieren. Ich glaube, einer der Punkte, die wir auf jeden Fall brauchen, ist, dass die Öffentlichkeit – und damit meine ich die breite Bevölkerung – aber ebenso auch die Stakeholder in der Regierung, die verschiedenen Ministerien, anderen Behörden und so weiter uns als einen solchen Partner wahrnehmen, der auch die Dinge mit technischer Kompetenz und Sachverstand klar auf den Tisch legt, berät, unterstützt und als Partner agiert. Ich glaube, das brauchen wir auf jeden Fall. Da sind wir uns sehr einig, dass das genau das ist, was wir transportieren wollen und werden. Das funktioniert soweit ganz gut. Das muss noch ein bisschen mehr publik werden und das Vertrauen darin auch geschaffen sein. Auf der anderen Seite haben wir als Stakeholder auch im Prinzip die ganze Wirtschaft, allen voran natürlich die Unternehmen der KRITIS (Kritische Infrastrukturen). In der Tat, ich war auf der anderen Seite, ich weiß auch, wie sich das anfühlt. Wir müssen dafür sorgen, dass wir auch in moderne Technologien hereingehen. Das heißt, wir müssen in diesem Bereich über Automatisierung nachdenken. Audits kann man heute nicht mehr nur auf der Papierlage machen, sondern die muss man auf einer Code-Basis machen und in modernen Produktionsmethoden mit CI/CD-Pipelines und so weiter. Wir reden darüber, wie wir die Bausteine dafür zuliefern können, dass solche Dinge auch automatisiert adressiert werden können und etwas weniger nur auf einer Dokumentenbasis passieren. Ich glaube, das ist auch eine Erwartung, die die Firmen an uns haben.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die CDU/CSU

hat Reinhard Brandl das Wort.

Abg. **Dr. Reinhard Brandl** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Plattner, dass Sie heute hier sind und der erste Eindruck, den ich von Ihnen mitnehme, ist schon einmal hoffnungsvoll: positiv, anpackend, optimistisch. Deswegen vielen Dank dafür. Ich würde Sie bitten, ernsthaft auch einmal mit Ihrem Mutterhaus zu reden. Wir haben die Situation, dass die Ministerin Grundgesetzänderungen angekündigt hat, und zwar in den Bereichen BSI-Zentralstellenfunktion und Gefahrenabwehr-Übergangszuständigkeit auf den Bund. Es ist so: Für die Grundgesetzänderung braucht sie die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit von uns. Das hängt seit über einem Jahr. Bisher ist das Ministerium noch nicht auf uns zugegangen und hat uns die Pläne erläutert. Ich finde das wirklich schade, weil ich glaube, dass das notwendig ist. Wir müssen darüber reden. Und ich würde mich freuen, wenn jetzt mit Ihnen als Präsidentin auch ein Gespräch stattfinden würde, wie das genau auszusehen hat, und was wir tun können. Denn was passiert, wenn man es so hängen lässt, sieht man, wenn sich plötzlich alle möglichen Innenminister aufgrund von Nichtwissen oder aufgrund von Nichtinformationen positionieren und von diesen Positionen dann nicht wieder herunterkommen. Das ist mein Appell ganz am Anfang. Dann haben Sie zum Thema Cybermarkt gesprochen. Können Sie konkret sagen, welche Fähigkeiten und Kompetenzen Sie in Deutschland im Moment vermissen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Sehr gerne. Dankeschön auch dafür. Auch für den Appell. Wir werden uns auf jeden Fall bemühen, konstruktiv zu der Diskussion mit beizutragen und die Diskussion mit möglichst konkreten Vorschlägen zu beflügeln. Ich kann Ihnen versichern, dass wir sehr viel miteinander reden. Wir und das Mutterhaus. Appell erst einmal aufgenommen. Was das Thema Cybermarkt angeht: Ich glaube schon, dass wir noch ein paar Themen haben, die wir dort durchaus adressieren könnten. Für mich ist es eine spannende Frage, die ich aber tatsächlich nicht beantworten kann. Man müsste einmal hineinschauen, was ich auch tun werde. Die Frage: Wie groß sind zum Beispiel Investitionen in diesem Bereich? Wie viele Start-ups haben wir in dem Bereich? Was ist wirklich dort auch an Wirtschaftlichkeit im Umlauf? Mir geht es nicht darum,



Marktpolitik zu machen. Das ist nicht mein Thema. Das kann und will ich auch nicht, sondern mir geht es darum, dafür zu sorgen, wie man Impulse setzen kann, damit das Thema Cyber auch auf allen Ebenen mit auf die Agenda gehoben wird. Also sprich, dafür zu sorgen, dass auch Impulse da sind, dass die richtigen Firmen sich bilden, die richtigen Produkte entstehen, die wir tatsächlich wirklich für den Markt an der Stelle auch brauchen. Das ist das, was mich interessiert.

Abg. **Dr. Reinhard Brandl** (CDU/CSU): Ich darf Sie auf eine Kleine Anfrage von uns verweisen, die im Moment in Ihrem Haus bearbeitet wird, mit der wir zu allen möglichen IT-Sicherheitssoftware-Kategorien abgefragt haben, was in der Bundesverwaltung im Einsatz ist und was auch vom BSI zertifiziert ist, und von der wir uns erhoffen, ein entsprechendes Lagebild zu bekommen. Denn ich glaube, dass in dem Bereich im Moment keine Steuerung stattfindet. Jeder beschafft etwas, was er gerade als sinnvoll oder marktwirtschaftlich für ihn erachtet. Aber die Strategie dahinter fehlt. Ich würde mich freuen, wenn das BSI diese Aufgabe auch aktiv annimmt. Die nächste Frage bezieht sich auf 5G-Komponenten von Huawei. Können Sie die Bedenken der Nachrichtendienste nachvollziehen, die vor dem Einbau dieser Komponenten in unser 5G-Netz warnen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Zunächst kurz zum Ablauf: Wir haben uns das Thema sehr genau angeschaut. Wir haben dort genau das einfließen lassen, wofür wir da sind, nämlich die Technikkompetenz. Das heißt, wir haben uns dort an der Stelle in der Zusammenarbeit mit dem BMI die Fragen vorgenommen und darauf möglichst gute fachliche, sachliche Antworten gegeben. Und ganz ehrlich: Das ist ein riesengroßes Thema, wenn man sich entsprechende Komponenten tatsächlich im Detail anschaut. Da gibt es Dinge, die man dort auch findet. Das findet man durchaus auch woanders. Die Gesamtbeurteilung an dieser Stelle aufgrund der technischen Expertise, die wir beige-steuert haben, liegt entsprechend der Gesetzeslage im Hause BMI.

Abg. **Dr. Reinhard Brandl** (CDU/CSU): Sie haben von einer Stelle gesprochen, in der alles zusammenlaufen und die beim Angriff dann auch handlungsfähig sein soll. Ist in Ihrer Vorstellung diese Stelle das BSI?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Zunächst einmal nicht notwendigerweise. Mir ist wichtig an der Stelle, dass wir diese Kapazität als Land haben und im Zweifelsfall wissen, wer was in welchem Fall zu tun hat. Das ist der für mich entscheidende Punkt. Wir haben nächste Woche die LÜKEX (Länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübung). Danach weiß ich mehr, wie gut das bereits organisiert ist. Wenn ich dann noch Beiträge liefern kann, dann werde ich das tun.

Abg. **Dr. Reinhard Brandl** (CDU/CSU): Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Misbah Khan das Wort.

Abg. **Misbah Khan** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Liebe Frau Plattner, schön, dass das hier im Ausschuss auch öffentlich klappt. Ich habe ein paar Fragen mitgebracht. Die erste Frage: Sie haben schon gesagt, wo Sie hinmöchten. Ich wüsste gerne, eine etwas seltsame Frage, die man aus dem Bewerbungsgespräch kennt, wo Sie das BSI in fünf Jahren sehen. Können Sie auch einmal darstellen, was Sie glauben, was die Vorhaben konkret für das Haus bedeuten?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Das kann ich gerne versuchen. Ich gebe zu, die Frage hatte ich in der Form so nicht antizipiert. Ich könnte sie für mich persönlich besser beantworten. Also für das BSI: Das BSI muss der zentrale nationale Cyber-Sicherheitsmanager für Deutschland sein. Aus meiner Sicht können wir das. Wir sollten der Anlaufpunkt sein, diese Themen vernünftig zu adressieren und auch zu behandeln. Das können wir aber nicht alleine. Das können wir aus unserer heutigen Rolle heraus als BSI. Wir haben andere Partner, die im Bereich Cyber unterwegs sind und mit denen wir ganz eng kooperieren wollen. Ich persönlich möchte uns stark in Richtung Digitalisierung entwickelt sehen. Ich möchte, dass wir die Möglichkeiten für uns nutzen, die wir auch nutzen müssen. Denn, machen wir uns nichts vor, ich hatte es gesagt: Die Angreifer werden immer fähiger. Das heißt, wir müssen entsprechend unsere Fähigkeiten dahingehend ausbauen. Und an dieser Stelle möchte ich, dass wir als BSI als dieser kompetente Partner, der diese Fähigkeiten mitbringt, entsprechend auftreten können.



Abg. **Misbah Khan** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie konkretisieren, was es aus Ihrer Sicht braucht, um sich entsprechend so aufstellen zu können?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich hatte es vorhin in meinem Eingangsvortrag bereits gesagt: Das Haushaltsthema ist ein sehr ernstes. Wir werden mit der aktuellen Situation und den Aufgaben, die auf uns zukommen, mit den Haushaltsmitteln so nicht klarkommen. So wird ein Befreiungsschlag, wie wir ihn dringend brauchen, und das ist sowieso eher eine Aufholjagd, nicht gelingen. Da rede ich ganz klar rund um das Thema Haushalt. Wir werden selber in unsere Mitarbeiter investieren müssen und wollen. Wir reden hier von einem ganz klaren Upskilling. Und wir reden ganz klar von einer kulturellen Veränderung, die ein Risikomanagement braucht, das auch hier und da einmal Risiken zulässt, um den Shift hin zur Digitalisierung und zu erreichenden agilen Methoden zu erreichen. Wir kommen nicht darum herum, uns entsprechend für die heutigen Zeiten fit zu machen, denn die andere Seite hat diese Fähigkeiten.

Abg. **Misbah Khan** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anderes Thema: Frau Faeser hat angekündigt, bezüglich der chinesischen Hersteller in kritischer Infrastruktur verstärkt vorgehen zu wollen. Wie blickt das BSI auf die letzten Entwicklungen diesbezüglich?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich die Frage verstehe.

Abg. **Misbah Khan** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann stelle ich einfach eine andere Frage. Vielleicht ist das dann besser. Sie haben schon über die aktuelle und kritische Bedrohungslage gesprochen. Das hat an sich Konsequenzen, für eine Gesellschaft allein schon psychologisch. Wie schafft man erstens, ein Bewusstsein noch stärker auch in die Tiefe der Gesellschaft hineinzubekommen? Wir merken, dass Schlagzeilen anscheinend nicht helfen. Es gibt immer wieder Unternehmen, es gibt immer wieder Kommunen, die belastet werden. Das reicht anscheinend nicht. Wie bekommt man das Vorhaben hin? Und zweitens: Dieses konstant hohe Niveau, auch seit dem Ukraine-Angriffskrieg, bedeutet in der Konsequenz, dass irgendwann in der Gesellschaft Ermüdungerscheinungen dazu entstehen. Wie würden Sie dort

reagieren, um Verantwortliche adäquat zu adressieren?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Dankeschön. Zunächst für die Einordnung: Ich benutze die Bitkom-Zahl 206 Milliarden. 206 Milliarden ist die jüngste Zahl des Bitkom, die wir hier tatsächlich jährlich an Schaden haben. Wenn das nicht aufrüttelt, dann weiß ich auch nicht. Aber zu Ihrer Frage, wie wir es schaffen, das auch in die breite Masse, in die breite Bevölkerung zu bekommen: Wir werden uns sehr aktiv in Richtung Cybersation aufstellen müssen. Das bedeutet für mich erst einmal: Schwung erzeugen. Im Moment wäre ich schon froh, wenn es überhaupt erst einmal ins Bewusstsein käme und als solches wahrgenommen würde, bevor ich mir über die Ermüdungerscheinungen Gedanken mache. Da bin ich 200-prozentig bei Ihnen. Auch das wäre dann gegebenenfalls zu managen. Aber im Moment wäre ich schon dankbar, wenn es überhaupt einmal überall ankäme, wie wesentlich dieses Thema ist und wie sehr es uns auch tatsächlich alle angeht.

Die **Vorsitzende**: Für die FDP-Fraktion hat Dr. Volker Redder das Wort.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich werde ein bisschen konkreter. Das mit den 206 Milliarden ist eine Hausnummer. Es gibt auch noch andere Berechnungen, die eher bei 250 Milliarden sind. Hinzu kommt, dass wir die Unternehmen in Deutschland ohnehin massiv mit Bürokratie belasten. 51 Milliarden ist die Kennzahl. Jetzt kommen mit NIS-2 [Richtlinie (EU) 2022/2555 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union] noch einmal ein paar Milliarden dazu. Gleichzeitig haben wir die Situation, dass unsere Resilienz oder unsere Sicherheit nicht gerade sehr valide ist. Wir verwenden sehr viele Microsoft-Produkte und Sie haben sicherlich von Storm 558 gehört, gerade vorgestern, wo einmal eben 38 Terabyte an Daten von Microsoft in ein Repository gestellt worden sind. Was sagt denn das BSI dazu? Vor allen Dingen, da Microsoft anscheinend noch keine Meldungen gemacht hat.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Das BSI ist an den Themen dran. Und ich hätte eingeladen, dazu auch kontroverse Fragen zu stellen. Die müssen



auch gestellt werden. Ein Abteilungsleiter aus unserem Haus war gerade vor kurzem für sehr intensive Gespräche drüben. Solche Gespräche werden normalerweise nur in geschützten Räumen geführt, denn das sind natürlich ganz heikle Informationen, die da fließen. Was wir auf jeden Fall sagen können, ist, dass die Angriffe, die dort geführt wurden, von langer Hand hochprofessionell vorbereitet wurden. Das ist tatsächlich die Situation, der wir uns gegenüber sehen. Ich befürchte fast, auch wir werden gemeinsam zusehen müssen – auch mit großen Herstellern, mit denen wir in Europa oder den USA oder in sonstigen Teilen der Welt zusammenarbeiten –, dass wir das Sicherheitsniveau insgesamt heben. Das wird eine Kooperation, um die wir nicht herumkommen.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Wir sind aber ein bisschen in Microsoft verhaftet. Wenn ich mir die Verwaltung anschau, haben wir zu 100 Prozent Microsoft-Anwendungen. Das heißt, dass wir abhängig von denen sind, zumindest aktuell noch. Eine Lösung wäre, dass wir mehr auf Open Source setzen, dass wir mehr kleine Server-Geschichten machen und so weiter. Dort schätzen Sie die Abhängigkeit nicht so ein. Denn ich denke auch an die Entwicklung im Onlinezugangsgesetz (OZG). Wir reden von einem Multicloud-System, was von Microsoft und SAP gemeinsam entwickelt wird. Ich hätte dort ein Problem, wenn plötzlich alle Daten der Bürgerinnen und Bürger, der Verwaltung, der Firmen und so weiter bei denen landen.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Hierzu die Einschätzung aus dem IT-Management heraus: Wir haben in Europa zu meinem sehr großen Bedauern Stand heute nicht die Leistungsfähigkeit, die manche US-Konzerne tatsächlich mitbringen. Es gibt kaum jemanden, der das mehr bedauert als ich selbst. Gar keine Frage. Das ist eine Realität, der wir uns stellen müssen. Und mit der müssen wir umgehen. Das heißt, ich persönlich vermute, dass wir nicht ganz darum herumkommen werden, uns gewisser großer US-Firmen zu bedienen. Das tun wir übrigens dauernd. Mit jedem Gerät, das hier gerade vor uns liegt, tun wir das. Das ist nicht nur eine Frage von Microsoft. Das zieht sich tatsächlich komplett durch. Wir schaffen es vielleicht nicht, gleich morgen ein neues Office oder eine neue Cloud zu bauen. Was wir aber ziemlich sicher schaffen können und auch müssen, ist, die

Schutzfähigkeit aufzubauen. Das heißt, wir müssen in die Verantwortung für unsere Daten und für den Schutz unserer Daten hereingehen. Das müssen wir gegebenenfalls, wenn wir denn die Hyperscaler oder ähnliches nutzen wollen, dann aber auch mit ihnen tun oder aber damit leben, dass wir die Leistungsfähigkeit, die wir meines Erachtens für die Digitalisierung brauchen, dann gegebenenfalls nicht nutzen. Das ist der Trade off, den wir an dieser Stelle haben. Ich persönlich plädiere stark dafür, in unsere eigenen Schutzfähigkeiten, also in Key Management, in entsprechende Hardware-Module, in genau diese Fähigkeiten zu investieren. Da haben wir gute Möglichkeiten, das können wir. Ich glaube schon, dass wir dort auch einen guten Schritt nach vorne gehen können.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Das ist selbstverständlich, aber es geht auch darum, dass wir selber souverän die Fähigkeiten haben, das zu tun. Und da sind wir in vielen Bereichen noch nicht. Bei der Softwareentwicklung würde ich Ihnen widersprechen. Natürlich können wir Open Office für die Behörden und Verwaltung anpassen und so weiter. Man müsste dann entsprechende Sicherheitsmerkmale einziehen. Gehen würde dies schon. Haben Sie vor, mit den größten Cyber-Experten der Welt, also zum Beispiel mit den Israelis oder den Ukrainern, zusammenzuarbeiten?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich war gerade in den USA und habe mich mit ganz vielen verschiedenen Nationen bei einer dortigen Sicherheitskonferenz unterhalten können. Alle haben Interesse an einer Zusammenarbeit. Und ich glaube, wir sind gut damit bedient, ein paar dieser Angebote anzunehmen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Janich das Wort.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Sehr geehrte Frau Plattner, unsere Fraktion wünscht Ihnen ein gutes und sicheres Händchen für Ihre Tätigkeit als Behördenleiterin. Eigentlich war meine erste Frage, ob ein frischer Wind wehen soll oder bestehende Arbeitsweisen weiterverfolgt werden. Das hat sich sofort erledigt. Wo werden aber die ersten Hebel sein, die Sie in Ihrer Behörde stellen wollen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Wir haben aktuell drei große Themen, um die wir uns prioritär





kümmern müssen, und gemeinsam mit der Frage, wie wir das mit den bestehenden Ressourcen überhaupt tun können. Dort bestehen große Fragezeichen. Das eine ist das Thema NIS-2. Die EU-Regelung NIS-2 kommt auf uns zu. Dazu gibt es aktuell das Umsetzungsgesetz und die Frage, wie wir uns dazu aufstellen. Wir werden dazu innerhalb des BSI massiv digitalisieren müssen, um überhaupt irgendwie eine Antwort darauf finden zu können. Das ist ein großes Thema, das uns umtreibt. Das zweite Thema ist alles rund um den Bereich Sicherheit Bund. Dort gibt es sehr große Aufgaben. Ich bin mit dem Zustand alles andere als zufrieden, und ich würde ihn persönlich als besorgniserregend bezeichnen. Hier tatsächlich vorwärts zu kommen und pragmatische Lösungen zu finden, die uns Stück für Stück in eine bessere Situation bringen, wird ein Schwerpunkt sein. Der dritte Schwerpunkt, den wir im ganz Konkreten, fast schon im Projektcharakter oder Themencharakter, ausgemacht haben, ist alles rund um das Thema eID. Das ist eine Grundlage dafür, dass wir in Deutschland tatsächlich und sicher digitalisieren können. Das natürlich im Verbund mit den europäischen Partnern. Das ist auch eine europäische Thematik. Das wird ein wichtiger Punkt sein. Und das wird auch Gegenstand sein, damit wir bei der Verwaltungsdigitalisierung vorwärtskommen. Denn auch das ist etwas, das unsere Bürger von uns erwarten.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Ich war letztens in Ihrer Behördenniederlassung in Freital. Dort habe ich mich mit Ihrem Vizepräsidenten Herrn Schabhüser unterhalten. Er sagte, dass es für Ihre Behörde zwar schwer sei, qualifizierte Fachkräfte finanziell zu locken, weil der Privatsektor ein starker Konkurrent sei, allerdings würden sich auch die über 50-Jährigen häufig beim BSI bewerben. Wie sieht es denn unter Ihrer Leitung in der Personalpolitik aus? Halten Sie die aktuelle Personalgewinnung für angemessen oder sehen Sie Bedarf in Zukunft, mit anderen oder mit weiteren Arbeitskräften die Arbeit abzudecken?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Im Moment haben wir noch nicht das direkte Problem, dass wir nicht auch spannende Bewerber hätten. Das wird mit jedem Tag schwieriger. Wir merken das auch, aber noch haben wir durchaus qualifizierte Bewerbungen. Wir haben tatsächlich ganz pragmatische Probleme. Wir haben Thematiken wie,

dass wir Menschen, die sagen „Ich habe eigentlich schon eine gute Karriere gehabt“ – Sie hatten es gerade gesagt, mit 50 – „Ich bin jetzt bereit, noch einmal drei, vier, fünf Jahre dem Staat zu geben und da noch einmal etwas zu tun“, bei den aktuellen Arbeitsbedingungen nicht wirklich ansprechen. Alles, was wir an Arbeitsbedingungen im öffentlichen Bereich haben, ist darauf ausgelegt, einmal in eine Behörde einzutreten und dort dann bis zum Lebensende auch zu bleiben. Ich darf das aus eigener Erfahrung auch genauso bestätigen. Ich glaube, wir brauchen hier deutlich mehr Flexibilität. Wir haben natürlich auch das Thema der Bedingungen im monetären Bereich. Das ist so. Auch das kann ich aus eigener Erfahrung sehr gut bestätigen. Damit ist es schwer, entsprechende Top-Leute anzuwerben. Das heißt, wir müssen voll auf das Argument „Purpose“ und „Ich gebe etwas an mein Land zurück, ich trage dazu bei“ setzen. Bisher läuft das noch relativ gut im Vergleich zu manchen anderen. Aber damit müssen wir ganz klar in uns als attraktive Arbeitgeber investieren, denn sonst läuft auch dieses Argument stückweise ins Leere.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Der Stern hat Sie zitiert mit der Zielsetzung, die Cybersicherheitsagenda sei konsequent umzusetzen. Außerdem wollen Sie die digitalen Bürgerrechte stärken. Stehen Sie denn bereits in regelmäßigem Austausch mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) und inwiefern beabsichtigen Sie die Empfehlungen von Herrn Kelber in Ihre Arbeit mit einbringen zu wollen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Herr Kelber und ich haben beide in der aktuellen Behördenlandschaft einen Job zu machen. Ich habe ihn noch nicht getroffen, aber ich kenne ihn von vorher. Es ist nicht so, als seien wir uns noch nie begegnet. Ich habe Stück für Stück Stakeholder getroffen. Dazu gehörten verschiedene Behörden, dazu gehörten Ministeriumsangehörige, dazu gehören auch Mitglieder des Bundestages. Einer nach dem anderen. Ulrich Kelber war noch nicht dabei, aber wir werden das bestimmt noch einmal machen und natürlich werden wir eng zusammenarbeiten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und für DIE LINKE. hat Anke Domscheit-Berg das Wort.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Auch



von mir ein herzlich Willkommen. Wir freuen uns über den frischen Wind. Ich frage einmal ganz direkt: Wie viel mehr Haushaltsmittel bräuchten Sie denn?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Das ist eine hervorragende Frage. Für das kommende Jahr – und da reden wir von dem, was wir personell überhaupt stemmen könnten – bräuchten wir 38 Millionen mehr, als im Moment veranschlagt sind. Ich habe vergessen, welche Zahl davon für NIS-2 war. Ich weiß es nicht mehr genau. Aber 38 Millionen war die Zahl für das kommende Jahr.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Wir machen ja die Haushaltsberatungen, mal sehen. Im Koalitionsvertrag steht auch etwas zum BSI, nämlich, dass es unabhängiger werden soll. Darüber haben Sie bestimmt auch Gespräche mit dem Mutterhaus. Inwiefern wird das BSI denn perspektivisch unabhängiger, und wann?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich bin fast versucht, die Frage nach rechts weiterzugeben, ans Mutterhaus. Wir haben uns dazu natürlich ausgetauscht. Wir haben dazu auch einen konstruktiven Vorschlag gemacht. Wir sind fest der Meinung, dass wir ein starkes Ministerium im Rücken brauchen. Es geht also nicht um eine Loslösung vom Mutterschiff oder Mutterhaus. Das ist gar nicht unser Ansinnen und das halten wir auch gar nicht für sinnvoll. Was wir gerne tun wollen würden, ist, dafür zu sorgen, dass wir insgesamt auch in der Bevölkerung und von den anderen Stakeholder in der Regierung und im Parlament et cetera als unabhängig wahrgenommen werden. Dass man uns auch glaubt – da geht es wirklich um eine Glaubensfrage –, dass wir die technischen Dinge so auf den Tisch legen, wie wir sie sehen, ungeachtet dessen, ob das im Zweifelsfall auch einmal eine heftigere Diskussion zwischen uns auslöst. Das nehmen wir in Kauf, weil das zur Auseinandersetzung gehört. Das ist auch Teil der Methode. Wir haben einen Vorschlag gemacht, wonach wir glauben, dass wir gegebenenfalls noch einmal nachschärfen sollten, um diese Unabhängigkeit publik und gut sichtbar zu demonstrieren. Ich habe den genauen Paragraphen vergessen. Vergeben Sie mir. Aber wir haben einen Formulierungsvorschlag gemacht. Soweit ich weiß, ist der auch konstruktiv in die Diskussion eingegangen, aber das Ergebnis steht für mich noch aus.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Wir nehmen auch immer gerne Nachreichungen. Diesen Formulierungsvorschlag nehmen wir also sehr gerne auch noch im Nachhinein. Ein Thema, das uns hier öfters bewegt, ist auch das Hackback-Thema. Die Definitionen unterscheiden sich. Was ist für Sie ein Hackback? Halten Sie es für erstrebenswert, dass deutsche Sicherheitsbehörden Hackbacks durchführen können? Und ich hänge noch eine Frage an, die vielleicht damit zu tun hat, vielleicht aber auch nicht. Sie haben laut Presseberichten in der Bundespressekonferenz gesagt, ich zitiere Sie einmal „Man kann nicht immer nur abwehren, man muss im Zweifelsfall auch einmal dafür sorgen, dass man aus der Schusslinie kommt oder Angriffe nicht mehr stattfinden“. Was haben Sie damit gemeint? Hat das irgendwie mit den Hackbacks zu tun?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Sehr gerne. In der Tat, Hackback ist ein vielschichtig besetzter Begriff und jeder versteht ihn ein bisschen anders. Hackbacks, so wie ich sie verstehe, spielen für mich keine Rolle, weil das ein „auf einen Gegner zugehen und ihn ausschalten“ wäre. Das ist nicht das, worum es geht. Es geht darum, sich im Moment eines Angriffs verteidigen zu können, so wie wir das aus dem Bereich Cybersicherheit für uns definieren. Das ist unser Job. Darum kümmern wir uns. Das muss im Zweifelsfall durch Umleitungen, durch entsprechende Maßnahmen passieren können, aber im Moment eines Angriffs. Das ist ein Unterschied zum allgemeinen „Ich gehe raus in die Welt und versuche, irgendwelche Rechner zu manipulieren oder auszuschalten“. Das ist nicht das, was wir im Moment auf unserer Agenda haben.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Also würde ich Sie richtig wiedergeben, wenn ich sage, das BSI setzt zu 100 Prozent auf Verteidigung als Verteidigung?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Zumindest wir als BSI tun das sicher.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ja, das meinte ich. Meine nächste Frage bezieht sich auf den digitalen Verbraucherschutz. Hier interessiert mich insbesondere das Thema digitale Gewalt. Auf der Webseite findet man unter dem Begriff nichts. Das fand ich schon seit Jahren ein bisschen bedauerlich, denn – wenn man an sogenannte



Spouseware denkt – ist das ein IT-Sicherheits-thema, nicht nur ein Verbraucherschutzthema im Allgemeinen. Es ist illegale Schadsoftware, die in Handys infiltriert wird, und die zum Beispiel gängige Virensoftware nicht entdeckt. Eine Ausnahme war Kaspersky, aber die sind jetzt auch nicht mehr empfohlen. Wird sich das künftig ändern? Hat dieses Thema eine höhere Relevanz mit Ihnen an der Spitze?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Wir versuchen für uns im Moment auch, für dieses Thema eine Strategie zu entwickeln. Ihre Frage würde ich noch einmal mitnehmen und komme gerne irgendwann mit einer Antwort darauf zurück.

Die **Vorsitzende**: Wir haben noch eine zweite Runde. Für die zweite Runde ist für die SPD-Fraktion noch einmal Dr. Zimmermann dran.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich versuche auch seit vielen Jahren, herauszufinden, was eigentlich ein Hackback ist. Ich glaube aber nicht, dass sich das heute abschließend klären lässt. Ich glaube, es ist aber auch gar nicht so wichtig. Mich würde noch einmal interessieren, ob Sie, so wie Sie es eben skizziert haben, der Meinung sind, dass die gesetzliche Ausgestaltung der Befugnisse des BSI ausreichend ist, um Angegriffene aus der Schusslinie zu bringen.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich glaube, es ist gar nicht so bekannt, was wir schon alles dürfen. Wir dürfen gar nicht so wenig. Wir können durchaus Einiges tun. Zum Beispiel können wir durchaus auch schon heute bei einem Provider im Inland den Verkehr umleiten. Hierzu möchte ich aber einmal etwas Grundsätzliches sagen, nämlich: In dem Moment, in dem tatsächlich ein Angriff läuft, ist die Frage eines Hackbacks oder einer aktiven Aktion gar nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt ist in dem Moment, dafür zu sorgen, dass man die angegriffenen Systeme aus der Schusslinie nimmt. Das heißt, hier geht es primär um Themen wie Umleitung. Das können wir auch heute schon tun. Ich glaube grundsätzlich, dass wir als Land eine Fähigkeit brauchen, die ein wenig aktiver unterwegs ist. Die muss aber nicht notwendigerweise beim BSI sein. Dort gibt es zum Beispiel auch Thematiken der Strafverfolgung, die sich stellen. Das geht durchaus Hand in Hand. Deswegen setzen wir auf eine ganz enge

Kooperation mit dem BKA. Wir haben uns zusammengesetzt und überlegt, wie das sinnvoll aussehen könnte.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Wie könnte das sinnvoll aussehen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Wir haben durchaus gemeinsame Kompetenzen. Wir haben auch durchaus verschiedene Kompetenzen. Wenn es um alles geht, was sich damit beschäftigt, einen Täter zu identifizieren, dann haben wir die Kollegen dort im Boot. Das ist für uns erst einmal zweitrangig, weil wir uns primär darum kümmern, die Opfer aus der Schusslinie zu nehmen und denen wieder auf die Beine zu helfen. Das ist unser primärer Fokus. Wenn es um die Täter geht, haben wir das BKA oder sonstige Strafverfolgungsbehörden mit dabei. Das ist auch eine Frage der Länder, ganz klar. Das heißt, hier geht es dann darum, dass man sich dort gut aufteilt und gegebenenfalls auch ganz eng zusammenarbeitet und Informationen austauscht. Dort kann es durchaus auch Bedarf geben, noch einmal nachzuschärfen. Wir sind jedenfalls gewillt, das so zu tun, damit dabei möglichst viel für die Angegriffenen herauskommt.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Wie schätzen Sie aktuell die Möglichkeiten ein, nach Schwachstellen zu scannen? Es geht nicht darum, das Netz zu überwachen, sondern Ausschau nach Schwachstellen zu halten. Mir scheint, dass die Wissenschaft, zum Beispiel durch IT-Sicherheitsforscher oder IT-Sicherheitsforscherinnen an der Universität, da ziemlich viel kann. Vielleicht machen diese einfach mehr, aber am Ende des Tages stellt sich hier für mich die Frage, was wir dort möglicherweise aus Ihrer Sicht tun müssen, um im Bereich Vorsorge und Aufklärung mehr machen zu können.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich würde versuchen, darauf drei Teilantworten zu geben. Erste Teilantwort: Für den Bund dürfen wir das auch heute schon. Das machen wir auch. Glauben Sie mir, es ist nicht erbaulich, was man dort findet. Das sind durchaus besorgniserregende Erkenntnisse, die wir gewinnen. Der zweite Punkt ist: Ich würde mir wünschen, dass wir damit auch ein wenig weiter heraus in die Wirtschaft könnten. Das können wir heute nicht, die Befugnisse haben wir nicht. Und die letzte Frage wäre dann die der



Wissenschaft. Die Wissenschaftler bewegen sich hier in einer rechtlichen Grauzone, die wir ihnen zumuten. Und auch da darf ich gerne in deren Namen den Appell an uns und an die Regierung und das Parlament richten, die Situation dort zu verbessern. Das ist nicht einfach für sie.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion hat Catarina dos Santos-Wintz das Wort.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Plattner, auch von mir noch einmal herzlich willkommen. Ich würde gerne auf ein paar Themenkomplexe ergänzend eingehen. Sie haben eben schon viel zur Kooperation mit den Bundesländern gesagt. Wenn ich es richtig im Kopf habe, darf das BSI formell nur Amtshilfe leisten. Aber es gibt mit dem Land Hessen schon eine Verabredung von Dezember letzten Jahres im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung. Können Sie dazu schon etwas sagen? Gibt es dazu schon eine Bewertung? Hat sich dort etwas verbessert? Welche Probleme gibt es dabei?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich fürchte, darauf habe ich keine Antworten. Hier muss ich erst einmal passen, ich würde das nachreichen.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Super, ist auch in Ordnung. Ich würde mich sehr darüber freuen, weil das auch eine Blaupause für andere Bundesländer sein könnte. Dann die konkrete Frage, weil Sie über die USA-Strategie gesprochen haben: Welche Punkte könnten wir konkret dort übernehmen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Dazu kann ich tatsächlich ein bisschen mehr sagen. Zunächst empfehle ich, einfach einmal in diese Strategie hereinzuschauen. Das ist erhellend. Dort gibt es im Prinzip sehr klare Aufgaben, die erledigt werden müssen, und eine klare Stärkung dieses Sektors. Es beginnt mit: Man organisiert sich selber, man organisiert auch die Behördenlandschaft dazu, die Sicherheitsarchitektur, die es dort gibt. Es geht weiter damit, dass man sich ganz aktiv darum kümmert, in den Firmen das Niveau und die Resilienz nach oben zu bringen, bis hin zur Frage von Strafverfolgung. Das Ganze ist dann gepaart mit sogenannten High Impact Initiatives. Als Folge einer dieser High Impact Initiatives würde

ich einfach einmal zum Besten geben: Dort wurde beschlossen, dass innerhalb von zwei Jahren alle Behörden auf eine Identity und Access Management-Lösung umsteigen müssen. Sie müssen übrigens auch sämtliche Daten „at rest and in transit“, wie man so schön sagt, verschlüsseln. Von einem solchen Beschluss sind wir noch ein ganzes Stückchen weit entfernt, aber ich würde ihn sehr begrüßen.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Dann noch eine Frage: Es gibt den eingeführten Digital-Check der Bundesregierung, der nicht das Thema Cybersicherheit umfasst. Sollte das aus Ihrer Sicht erweitert werden? Warum, glauben Sie, wurde der Punkt bisher nicht aufgenommen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Warum er nicht aufgenommen wurde, weiß ich nicht, aber ich wäre sehr dafür.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Sehr gut. Dann noch eine Frage. Eine große Schwachstelle bei Cybersicherheit sind auch immer die Menschen. Was können wir aus Ihrer Sicht tun, um auch die Digital Literacy weiter zu stärken? Gibt es schon konkrete Punkte, die im BSI geplant sind?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Wir tun im Moment viel im Bereich Information. Das heißt, wir geben viel an Informationen heraus. Wir haben auch ein Service-Center, das man anrufen kann, wenn man eine ganz konkrete Frage hat. Das skaliert natürlich nicht auf die große Menge. Ich glaube, das werden wir aus einer Behördenrichtung nicht alleine schaffen. Ich glaube, wir werden uns Gedanken darüber machen müssen. Darauf habe ich noch keine fertigen Antworten, aber die suchen wir übrigens auch händierend, wie wir dieses Thema in die breite Öffentlichkeit bekommen. Ich hatte gesagt, Cyber auf die Agenda heben. Das heißt, auf die Agenda der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, aber natürlich auch der Bürger. Wenn wir uns heute anschauen, mit was wir technisch unterwegs sind, dann sehen wir alle, dass da noch ein bisschen etwas zu tun ist.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Dann noch eine etwas provokante Frage: Schwachstellen sofort schließen oder offenlassen und im Einzelfall entscheiden?



Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Wir kümmern uns um das Thema Cybersicherheit. Natürlich sofort schließen. Gar keine Frage. Jetzt sind wir natürlich auch nicht naiv. Wir wissen schon, dass es da auch anders geartete Überlegungen gibt. Aus einer Cyber-Perspektive ist die Antwort glasklar: Sofort schließen. Denn die Vorstellung, dass nur wir Schwachstellen gut ausnutzen können, trifft ziemlich sicher nicht die Realität.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Dann noch eine Vertiefungsfrage. Welche konkreten Vorschläge haben Sie zur Unabhängigkeit des BSI gemacht?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich würde die entsprechenden Paragraphen nachliefern. Wir haben gesagt, dass wir nur an wenigen Stellen sauber nachschärfen müssten. Das war unser Vorschlag. Was daraus geworden ist – dazu habe ich den neuesten Stand nicht da, aber ich liefere Ihnen diesen sehr gerne nach.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Danke. Nach der Gesetzesänderung im Juni ist die Diskussion noch einmal aufgeflammt. Sehen Sie in Bezug auf Ihre Rolle im BSI im internationalen Vergleich oder auch im Haus einen Unterschied zu dem, wie es vor der Gesetzesänderung war? Stichworte politischer Beamter und sofortiger Ruhestand.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich war vorher nicht da, deshalb kann ich soweit erst einmal nichts dazu sagen. Ich kann aber eins dazu sagen. Ich habe die Artikel natürlich auch gesehen. Unabhängigkeit fängt zumindest für mich in meinem Kopf an. Ich bin heute hier, weil ich hier sein möchte. Und auch nur aus diesem Grund. Wenn ich hier das Gefühl habe, dass ich etwas bewegen und tatsächlich einen guten Beitrag leisten kann, werde ich weiterhin da sein. Wenn ich das Gefühl habe, dass das nicht mehr so ist, zum Beispiel, weil ein Vertrauensverhältnis nicht mehr vorhanden ist oder weil sonst die Bedingungen dafür nicht mehr stimmen, dann werde ich auch nicht mehr hier sein. Das heißt, Unabhängigkeit fängt für mich ganz klar in meinem Kopf an, und mir ist diese Regelung – wenn ich ganz ehrlich bin – ziemlich egal.

Abg. **Catarina dos Santos-Wintz** (CDU/CSU): Ich hoffe, wir sind alle hier, weil wir hier sein wollen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Sabine Grützmaker das Wort.

Abg. **Sabine Grützmaker** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir teilen uns auf. Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und vielen Dank auch liebe Kolleginnen und Kollegen für das herzliche Willkommen. Mit Blick auf Ada Lovelace wäre ich noch lieber Mitglied im ADA (Ausschuss Digitale Agenda) geworden, aber ich freue mich auch sehr, jetzt Vollmitglied im ADi (Ausschuss für Digitales) zu sein. Vielen Dank, Frau Plattner, für Ihre Vorstellung. Sie haben Resilienz angesprochen, und der Koalitionsvertrag sieht auch vor, dass Sicherheitsforschung rechtssicher ermöglicht werden soll. Einen Beitrag zur Resilienz leisten auch ehrenamtliche Sicherheitsforscher. Welche Möglichkeiten sehen Sie, zu diesen Zielen beizutragen? Und gibt es Austausch auch mit dem BMJ zum laufenden Symposium? Besteht Reformbedarf am Computerstrafrecht?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich sehe den Beitrag als sehr, sehr wichtig, weil das engagierte Leute sind, die teilweise ein unglaubliches Knowhow haben. Wir müssen an dieses Knowhow herankommen. Wir müssen es möglich machen. Ich sehe da Reformbedarf. Ich hatte es eben schon beim Kollegen von der SPD angesprochen. Das ist aber tatsächlich gar nicht so sehr meine Kenntnis der Situation aus dem BSI heraus, sondern es sind meine Kontakte aus der Forschung, die mir auch genau das geschildert haben. Der Austausch mit dem BMJ an der Stelle findet statt. Ich kann jetzt aber noch nicht genau sagen, wie das Ergebnis davon im Moment aussieht. Ich weiß, dass es ein Thema ist und dass wir versuchen müssen, diese Ergebnisse konstruktiv einzubauen. Dafür gibt es diesen koordinierten Schwachstellenprozess – den haben wir auch noch umgesetzt und implementiert –, der immer vorsieht, dass ein Forscher als allererstes an den Hersteller herantritt, dort die Schwachstellen anmahnt und um Beseitigung bittet. Wenn das nichts nützt, dann kann man sich an uns wenden, dann legen wir im Zweifelsfall da auch noch einmal nach. So ist das bei uns auch hinterlegt. Es gibt bei uns die Möglichkeit, sich dort zu melden, und wir versuchen dann ganz aktiv, durch praktische Hilfe zu unterstützen.



Abg. **Sabine Grützmacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Mit Blick auf internationale Fragestellungen: Ist es Ihrer Ansicht nach notwendig, dass wir im europäischen Raum anonyme Meldungen ermöglichen, damit Sicherheitsforschende aus Asien, die speziell von der Informationspflicht in China betroffen werden, weiterhin Meldungen durchführen können?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Das ist eine Fragestellung, mit der ich mich zugegebenermaßen noch nicht wirklich beschäftigt habe. Auch die würde ich gerne mitnehmen, wenn ich darf.

Abg. **Sabine Grützmacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gerne. Eine zusätzliche Frage. Wie schätzen Sie die Folgen für die IT-Sicherheit ein, wenn die Chatkontrolle eingeführt würde? Wir haben gehört, dass die Abstimmung der Chatkontrolle im EU-Rat erst einmal gestoppt wurde, und wir begrüßen das, aber ich wüsste gerne noch Ihre Ansicht dazu. Vielen Dank.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Auch dazu haben wir als eine Cybersicherheitsrichtung eine glasklare Meinung, und die lautet sehr deutlich: Wann immer wir eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung aufbrechen, bauen wir Schwachstellen ein, die im Zweifelsfall nicht nur von uns genutzt werden können, sondern auch von anderen. Wir sind als Haus klar für eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in Chats. Diese müssen wir aufrechterhalten. Wenn wir sagen, wir haben auch noch andere Interessen, die da mit hereingedacht werden müssen, dann plädiere ich sehr dafür, dass wir eine vernünftige technologische Lösung finden, die aber die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nicht aufweicht.

Abg. **Sabine Grützmacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. Dann würde ich die Zeit doch noch für eine letzte Frage nutzen. Gemäß § 7b BSIG (Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) dürfen Sie die Schwachstellen-Scans durchführen. Das hatten wir gerade schon gehört. Ich hatte gelesen, dass Sie diese derzeit im mittelbaren und unmittelbaren Bereich der Bundesverwaltung durchführen. Ich würde jetzt heraushören, dass aber angedacht ist, das auf den KRITIS-Bereich zu erweitern. Wie ist denn da die mittel- und langfristige Planung?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Stand heute ist

die Gesetzeslage so, dass wir das nicht dürfen.

**Andreas Könen** (BMI): Hier würde ich noch etwas hinzufügen. Doch, für KRITIS ist es gesetzlich erlaubt. Allerdings hat sich herausgestellt, dass es leider überhaupt nicht möglich ist, den IP-Adressbereich im Netz so trennscharf aufzuteilen und klarzustellen, was dort zu kritischen Infrastrukturen gehört und was nicht, sodass das BSI leider im Moment aus Gründen der allgemeinen IT-Sicherheit davon absehen muss, diesen Scan durchzuführen und damit leider diesen Schutz nicht über die kritischen Infrastrukturen hinwegziehen kann. Das ist auch der Grund, warum wir gemeinsam mit dem BSI momentan darüber nachdenken, wie wir diese Methodik Schwachstellen-Scan so passend rechtlich angleichen können, dass das möglich wird und vielleicht auch ein bisschen mehr möglich wird. Die Kriminellen scannen jeden Tag das gesamte deutsche Netz, aber das BSI darf es zum Beispiel auch nicht zum Wohle der Bürger. Da würden wir echt nicht nachfassen wollen. Entschuldigung, dass ich jetzt Zeit weggenommen habe.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Alles gut. Ich wusste, dass wir es nicht tun. Den Teil, dass wir es doch dürfen, wusste ich noch nicht.

Die **Vorsitzende**: Okay. Man lernt im Ausschuss immer noch etwas dazu. Für die FDP-Fraktion hat noch einmal Dr. Volker Redder das Wort.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Ich muss noch einmal zu der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nachfragen. Laut Gerüchten ist es so, dass es – auch wenn wir in Deutschland Ende-zu-Ende-Verschlüsselung machen – für Sicherheitsbehörden einen Zugriff geben muss. Oder ist das alles nur ein Gerücht?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich würde direkt noch einmal an Herrn Könen weitergeben.

**Andreas Könen** (BMI): Da würde ich die Zeit wirklich nicht Frau Plattner wegnehmen wollen. Wir können uns gerne dazu noch einmal direkt austauschen.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Das ist auch das, was mir dann Microsoft und Co. erzählen werden. Das ist das Übliche. Wir haben eben schon über KRITIS und NIS-2 geredet. Die Wirtschaft und Verbände, mit denen wir in den letzten Wochen



und Monaten gesprochen haben, sehen eine immense Summe und passenderweise dazu Fachkräftemangel auf sie zukommen. Wie kann das BSI zu einer bürokratieärmeren Umsetzung beitragen?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Das hatte ich vorhin schon skizziert. Das ist uns und vor allem auch mir ein Herzensanliegen. Ich kenne die andere Seite. Ich weiß auch, welche Aufwände darin stecken. Einerseits sagt man zwar immer, versuche es mal – wenn es so teuer ist – statt mit Compliance mit Non-Compliance. Das ist noch viel teurer. Auf der anderen Seite müssen wir unseren Beitrag dazu auch leisten. Für mich lautet die Antwort an der Stelle sehr klar: Automatisierung. Wir müssen dafür sorgen, dass Schnittstellen geschaffen werden, mit denen man solche Informationen auch auf automatisierte Art und Weise und möglichst dokumentenarm übertragen kann, damit die Aufwände für die Firmen nach unten gehen. Auch das wird nicht schnell gehen. Auch das ist durchaus eine Aufgabe. Für die EZB kann ich hier erzählen, was dort im Bereich Supervisory Board vorangetrieben wurde, wie lange es gedauert hat, tatsächlich solche Automatisierungen hereinzubringen. Das ist aber möglich. Und das wird für uns der wichtigste Punkt sein. Wir wollen auch gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Gesetzgebung ganz eng zusammenarbeiten, sodass Doppelungen möglichst vermieden werden, und wir das möglichst schlank fassen, auch in Kooperation mit anderen Behörden, um zumindest unseren Teil dazu beitragen zu können.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Vielen Dank. Misbah Khan hat auch schon gefragt oder gesagt, dass im Koalitionsvertrag eine größere Unabhängigkeit des BSI vereinbart worden ist. Sie haben eben schon ein bisschen darüber berichtet, aber wie würden Sie den aktuellen Stand bewerten? Sie haben eben gesagt, Sie haben aktuell wie viele Mitarbeiter? 1.400?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Aktuell nach letzter Zählung knapp 1.500. Ich glaube schon, dass wir eine gewisse Unabhängigkeit haben, und überall dort, wo wir das Gefühl haben, wir haben sie noch nicht, wehren wir uns auch.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Das Thema digitale Identitäten haben Sie schon angesprochen mit der

eIDAS (Verordnung (EU) Nr. 910/2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt), was uns auch besonders wichtig ist. Wir haben Hebelprojekte im Bereich von Volker Wissing bei den Digitalprojekten definiert. Da geht es auch um GovLabDE digitale Identitäten, an denen auch das BSI beteiligt ist. Wir haben erfahren, dass für die Erarbeitung eines Prüfkatalogs für eine sogenannte softwarebasierte digitale Identität bei dem BSI die Ressourcen fehlen und sich das Ganze deswegen auch verzögert, langfristiger Stellenaufbau geplant ist, was ein bisschen dauert und das natürlich dann wieder für uns in der Entwicklung auch beim OZG und so weiter das Ganze verzögern würde. Teilen Sie diese Bewertung der Situation oder haben Sie vielleicht den Booster dabei und wir sind übermorgen fertig?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich kann definitiv sagen: Im Moment ist das Thema aus meiner Sicht nicht ausreichend hinterlegt im Haus. Ich werde versuchen, alles, was mir noch an Freiheitsgraden bleibt, auf die Prioritätsthemen zu setzen und da entsprechend auch für Erleichterungen zu sorgen, bis hoffentlich zu irgendeinem zukünftigen Zeitpunkt eine adäquate personelle Hinterlegung da ist.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Super, vielen Dank. Ich freue mich. Ich hoffe, das klappt alles. Wir schaffen das.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich bin dabei.

Abg. **Dr. Volker Redder** (FDP): Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und für die AfD-Fraktion hat noch einmal Steffen Janich das Wort.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Ich hätte noch zwei Frageblöcke. Der erste betrifft das Zentralbankgeld. Beim programmierbaren Zentralbankgeld handelt es sich um Geld, welches ermöglicht, Programmcodes auszuführen, sogenannte Smart Contracts. Es gab in der Vergangenheit immer wieder Hackerangriffe auf vergleichbare Kryptowährungen. Wie schätzen Sie die Gefahr von Hackerangriffen auf programmierbares Zentralbankgeld ein, zum Beispiel die Injektion von Schadcodes auf Smart Contracts?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Wahrscheinlich sollte ich jetzt noch einmal ganz kurz den EZB-Hut aufsetzen und ein wenig Informationen



dazu geben. Stand heute ist die CBDC (Central Bank Digital Currency – Digitales Zentralbankgeld), so wie sie dort geplant ist und auch öffentlich bekannt, nicht programmierbar gedacht. Der digitale Euro, wenn er denn so kommt, wie er geplant ist, würde keine Programmierbarkeit an sich vorsehen, sondern die Programmierbarkeit würde, wenn überhaupt, aus angeschlossenen und darauf aufbauenden Smart Contracts-Lösungen bestehen. Das hat mit dem digitalen Euro an sich dann aber nichts mehr zu tun. Das heißt, das wäre davon weitgehend unabhängig. Ich persönlich würde sagen, das hängt ganz stark davon ab, wie das implementiert ist, und dafür sind Hunderte von verschiedenen Möglichkeiten, wie man solche Smart Contracts programmieren kann, im Umlauf. Das hat aber mit einer staatlichen Stelle in der Form erst einmal so nichts zu tun, sondern wenn wir staatlich irgendetwas davon nutzen wollen, würden wir als BSI dementsprechend hereingehen und uns das gegebenenfalls anschauen, aber das ist nichts, was von der EZB zur Verfügung gestellt werden wird.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Heißt das, dass Sie bei dieser ganzen Sicherheitsarchitektur gar nicht beteiligt sind, sondern dass das von der EZB ausgeht?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Bis vor 80 Tagen war ich daran beteiligt, das bin ich heute in der Form aber nicht mehr. Das läuft im europäischen Rahmen, aber es gibt eine entsprechende Interaktion in den verschiedenen Gremien, und wir haben als BSI auch dort zugeliefert und unsere Perspektive mit eingebracht. Das weiß ich noch, weil ich da noch auf der anderen Seite war und persönlich das entsprechende Paper des BSI durchgereicht und den Kontakt hergestellt habe.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Der zweite Block geht in Richtung Künstliche Intelligenz (KI). Welche Gefahren gehen nach Ansicht des BSI von der KI aus? Wie sind Ihre Betrachtungsweisen für diese Zukunft?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Zunächst einmal gehen wir als BSI davon aus, dass im Bereich KI neben vielen Gefahren auch sehr, sehr viele Chancen bestehen. Wenn wir das gut für uns nutzbar machen, dann haben wir damit auch tolle Möglichkeiten, und die müssen wir sogar nutzen, denn der Rest der Welt wird es tun. Wenn es ganz

konkret um Gefahren geht, gehen wir durchaus davon aus, dass KI auch dafür eingesetzt werden wird, dass sich Angreifer weiter professionalisieren. Wir sehen das. Die erste Professionalisierung ist im Wesentlichen durch die Arbeitsteilung zustande gekommen. Wenn man jetzt über die Arbeitsteilung hinweg auch noch die Prozesse ein Stück weit dadurch automatisieren kann, dass man sie KI-gestützt verwendet, dann sind sie wieder ein Stück weiter. Das heißt, wir werden entsprechend auf unserer Seite auch aufrüsten müssen im Bereich Verteidigung und Erkennung von solchen Angriffen und Mechanismen, sodass wir dort das Gleichgewicht halten können. Das sehen wir definitiv, und wir sehen das ganz konkret. Es gibt immer dieses schöne Beispiel der Phishing-Attacken, dass eine E-Mail dann doch sehr personalisiert plötzlich bei einem ankommt. Die ist aber automatisiert erstellt und trotzdem auf mich zugeschnitten. Das sind die Möglichkeiten, die KI bietet, und das macht es höchst gefährlich. Es gibt sehr, sehr viele Szenarien, bei denen das eine Rolle spielen kann. Ich persönlich sehe die größte Gefahr in der Professionalisierung der Angreifer. Darüber hinaus gehe ich persönlich davon aus, dass wir zunehmend in Use Cases denken müssen. Wo kann KI tatsächlich eine Gefahr sein im Finanzsektor? Wo kann es das sein im Gesundheitssektor? Das sind unter Umständen nicht dieselben. Es wird im Moment zum Beispiel auch viel darüber diskutiert, inwieweit eine KI dazu gebracht werden kann, wenn sie zur Code Generation, also zur Quelltextgenerierung verwendet wird, dort entsprechend auch schlechten Quelltext oder welchen mit Schwachstellen hereinzubauen. Im Moment sind wir eher an dem Punkt, dass wir sagen, das ist noch nicht unser allererstes Problem. Im Moment gibt es auch so genug Schwachstellen. Aber nichtsdestotrotz sind das alles Themen, die wir uns im Moment anschauen. Das ist relativ breit gefächert, und ich gehe davon aus, dass wir erst im Laufe der Zeit Stück für Stück lernen werden, was die verschiedenen Szenarien sind. Wir sind aktuell an vier Stück davon dran: Finanzen, Gesundheit, Automotive und Landwirtschaft. Wir schauen uns also bereits die ersten Sektoren an. Wir haben ein Team dafür in Saarbrücken in der dortigen Forschungslandschaft.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Vielen Dank.





Die **Vorsitzende**: Die Runde schließt dann Anke Domscheit-Berg für DIE LINKE. ab.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Es gab bei Ihrem Vorgänger auch Kritik, unter anderem dahingehend, dass KMU (Kleine und mittlere Unternehmen) beim Thema IT-Sicherheit zu wenig unterstützt werden. Es war eine lächerliche Anzahl an Personalressourcen, die sich mit dem Thema beschäftigte. Wird sich das ändern, und wenn ja, in welche Richtung?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich wünschte, ich könnte jetzt einfach von ganzem Herzen sofort ja sagen, weil ich das Problem sehe. Ich glaube, 99,5 Prozent der Unternehmen, die wir in Deutschland haben, zählen genau in diesen Sektor herein. Das ist eine überwältigende Zahl, und da liegen meines Erachtens auch die größten Probleme. Wir haben in den großen Unternehmen, in den DAX-Konzernen und so weiter durchaus schon ein hohes Bewusstsein und auch die Ressourcen, sich um das Thema IT-Sicherheit zu kümmern. Das ist in den mittelständischen oder gar kleinen Betrieben tatsächlich heute nicht so. Da gibt es dann 50 Mitarbeiter, und davon hat einer irgendwie 0,2 Verantwortung für das Thema Cybersicherheit. Das ist nicht adäquat. Die Frage, wie man das angeht, ist eine sehr spannende. Im Moment versuchen wir mit ganz vielen Informationsangeboten und auch sehr zielgruppengerechten Ansprachen die Informationslage zu verbessern. Ich vermute, dass es auf Dauer nicht ausreichen wird. Ich würde auch hier noch einmal ganz kurz in Richtung USA schauen wollen. Dort haben wir unsere Partnerbehörde, die sich auch mit diesem Thema beschäftigt. Die stellen beispielsweise kostenlose Tools für solche Dinge zur Verfügung, indem sie zum Beispiel Lizenzen dafür bereitstellen und so weiter. Ich glaube, wir werden da sehr viel pragmatischer sein müssen. Aber seien Sie mir nicht böse, wir haben heute schon ein unglaublich breites Portfolio an Themen, um die wir uns kümmern sollen und müssen. Wir werden nicht alles mit der Intensität machen können, auch wenn wir es noch so gerne wollen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): I feel you. Im Landkreis Bitterfeld gab es vor zwei Jahren den ersten sogenannten Cyber-Katastrophenfall. Welche Konsequenzen hat das BSI daraus gezogen, beziehungsweise welche Konsequenzen wird es daraus ziehen? Insbesondere: Was

wird oder wurde unternommen, um den Zugang der auf kommunaler Ebene angebotenen Behörden zu den Netzen des Bundes sicherer zu machen? Und da bin ich noch gar nicht bei der Qualität der Netze des Bundes als solche. Ich würde einmal in Ihre Worte hineininterpretieren. Ihre Besorgnis, die Sie geäußert haben, hat auch mit den Netzen des Bundes zu tun. Vielleicht können Sie das als Paket beantworten.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich kann versuchen, das als Paket zu beantworten. Ich glaube, das wird nicht ganz einfach. Wir haben in den Netzen des Bundes tatsächlich noch einiges, worum wir uns kümmern müssen. Das ist definitiv so. Das tun wir auch mit unseren Kollegen von der Partnerbehörde zusammen. Der Entwicklungs- und auch der Sanierungsstau, den wir haben, sind gewaltig. Das heißt, hier dafür zu sorgen, dass wir dort weiterkommen und das sicherstellen können, ist Punkt Nummer eins. Wie wir dann sichere Anschlussmöglichkeiten haben, ist Punkt Nummer zwei. Wie konkret die Anbindung von Kommunen und Ähnlichem aussieht, kann ich spontan noch nicht beantworten. Da muss ich im Paket leider noch eine Delle lassen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich würde noch einmal auf das Thema Verbraucherschutz zurückkommen. Das Thema digitale Gewalt hatte ich schon angesprochen, insbesondere in Bezug auf digitale häusliche Gewalt. In welchen Bereichen des digitalen Verbraucherschutzes sehen Sie denn aber noch Potenziale?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ich persönlich sehe Potenzial. Wir müssen dann aber noch einmal darüber reden, ob wir das so wollen. Aber ich sehe großes Potenzial im Bereich Sicherheitskennzeichen. Ich sehe dort Potenzial, gerade auch im Bereich Cyber Resilience Act, jetzt vor allen Dingen erst einmal eine europäische Harmonisierung zu suchen, sodass wir schon einmal gemeinsame Mindeststandards miteinander haben. Ich persönlich könnte mir auch vorstellen, alles rund um das Thema Sicherheitskennzeichen noch auszubauen. Die genaue Richtung müssten wir uns gemeinsam überlegen. Und zwar deshalb, weil die Verbraucher dort draußen deutlich mehr Orientierung von uns brauchen. Ich gebe ein ganz banales Beispiel: Wenn man sich ein Handy über das Wochenende einrichtet, dann ist man erst einmal konfrontiert mit einer unglaublichen Menge von Programmen,



die man nicht versteht, von denen man nicht weiß, was sie tun und wo die hinfunkeln, was die hinfunkeln, wie weit das sicher ist oder eben auch nicht. Das heißt, die Bürger an sich sind mit dem Thema ein Stück weit überfordert. Sie haben das Wissen in der Form nicht, und das müssen wir Ihnen auf eine Art und Weise, die für Sie auch konsumierbar ist, zur Verfügung stellen. Ich persönlich sehe grundsätzlich Potenzial, im Bereich Kennzeichen dort Orientierung zu bieten.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich bin keine Freundin von diesem Sicherheitskennzeichen, wie es bisher angedacht wurde, zum Beispiel mit Analyse nur auf Papierbasis und Selbsterklärung. Letzte, ganz kurze Frage: Setzen Sie sich für eine Meldepflicht von Sicherheitslücken ein? Ja oder nein?

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Ja.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Danke.

Die Vorsitzende: Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunkts angelangt und nehmen den Bericht zur Kenntnis. Wir danken ganz herzlich unseren Gästen für die Teilnahme an dieser Ausschusssitzung und wünschen noch gutes Ankommen im BSI. Sie haben gesehen, wir sind sehr interessiert an dem Thema. Das brennt uns allen unter den Nägeln, und wir werden sicherlich weiter intensiv im Austausch sein und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit. Ihnen alles Gute.

Präsidentin **Claudia Plattner** (BSI): Vielen herzlichen Dank für die Einladung. Bis zum nächsten Mal.

Die **Vorsitzende**: Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung des Ausschusses für Digitales beendet, womit auch die Übertragung im Internet endet. Ich bitte darum, dass externe Besucherinnen und Besucher die Tribüne nun verlassen. Vielen Dank.

**Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme und erwartet einen ergänzenden Bericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik bis zur 41. KW.**

### Tagesordnungspunkt 3 - öffentlich -

#### **Bericht der Bundesnetzagentur nach § 103 Abs. 5 TKG zum Stand der Mobilfunkversorgung**

Die **Vorsitzende**: Wir kommen zu unserem öffentlichen Teil. Die Live-Übertragung ist jetzt möglich. Wir begrüßen alle ganz herzlich. Ich eröffne die beiden öffentlichen Tagesordnungspunkte des Ausschusses für Digitales. Dieser Teil wird live im Internet übertragen und ist anschließend in der Mediathek auf [bundestag.de](http://bundestag.de) abrufbar. Die Besucherinnen und Besucher möchte ich darauf hinweisen, dass ein Anfertigen von Ton- oder Videoaufnahmen nicht zulässig ist, auch wenn die Sitzung öffentlich ist. Verstöße werden geahndet. Zuwiderhandlungen können dazu führen, dass Sie entweder das Zugangsrecht zum Deutschen Bundestages verlieren oder sogar mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen müssen. Von daher ist es sinnvoll, die Geräte auszuschalten. Dann begrüße ich ganz herzlich die Gewinnerinnen und Gewinner eines Parlamentsquiz auf unserer Internetseite [mitmischen.de](http://mitmischen.de). Herzlich willkommen. Schön, dass Sie heute der Sitzung folgen können. Ich gehe davon aus, dass Sie instruiert wurden, keine Video- oder Tonaufnahmen anzufertigen. Darauf habe ich eben schon hingewiesen. Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 3, der öffentlich beraten wird, nämlich dem Bericht der BNetzA nach § 103 Abs. 5 TKG zum Stand der Mobilfunkversorgung. Das ist eine Selbstbefassung mit Debatte. Wir haben Gäste im Ausschuss. Ich begrüße ganz herzlich vom BMDV die Parlamentarische Staatssekretärin Daniela Kluckert. Herzlich willkommen. Dann begrüße ich Friedhelm Bertelsmeier, Referatsleiter „Frequenzpolitik“ in der Abteilung „Digitale Konnektivität“. Von der BNetzA ist zugegen Vizepräsident Dr. Wilhelm Eschweiler. Herzlich willkommen. Katharina Walter, die persönliche Referentin des Vizepräsidenten, ist ebenfalls anwesend. Auch Ihnen herzlich willkommen. Virtueller sind noch Carola Mix, Leiterin des Referats 215, und Andrea Abusalah, Leiterin des Referats 214, anwesend. Wir haben vereinbart, dass es ein Eingangsstatement von fünf Minuten von der BNetzA durch Vizepräsident Dr. Eschweiler gibt. Danach haben wir eine Debatte mit einer Redezeit von vier Minuten pro Fraktion in gewohnter Reihenfolge. Ich möchte ganz kurz darauf hinweisen, dass zehn Sekunden vor Ablauf der Zeit ein akustischer Gong ertönt.



Das ist eine Erinnerung, dass Sie dann zum Ende kommen, weil wir sonst in zeitliche Verzögerungen kommen, die schwierig werden für uns alle. Und nach dem Eingangsstatement haben wir eine Debatte in der gewohnten Reihenfolge. Dann übergebe ich jetzt das Wort an den Vizepräsidenten Dr. Eschweiler.

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Vielen Dank. Sehr geehrte Ausschussmitglieder, im aktuellen Bericht ist nicht nur der aktuelle Stand der Versorgung dargestellt, sondern er zeigt auch die Entwicklung im vergangenen Jahr auf. Damit werden die spürbaren Fortschritte beim Mobilfunkausbau in Deutschland deutlich. Es gibt aber immer noch viel zu tun. Es geht auch noch zielgenauer. Das werden wir bei künftigen Frequenzentscheidungen auch beachten. Wir haben aber bereits einiges erreicht. Das wird besonders beim Blick auf 5G deutlich. Diese Technologie ist jetzt in über 87 Prozent der Fläche verfügbar. Dies ist ein Zuwachs von 30 Prozentpunkten. Von Januar 2022 bis April dieses Jahres und von dem starken Zubau haben insbesondere die ländlichen Regionen profitiert. Im Vergleich zum Datenstand von Januar letzten Jahres hat sich sowohl der Anteil an weißen Flecken als auch der Anteil an grauen Flecken bundesweit deutlich verringert. Regional konnte der höchste Anstieg über alle Technologien in ländlichen Gebieten verzeichnet werden. Dennoch zeigen die ländlichen Regionen weiterhin die größten Ausbaupotenziale. Entlang der Verkehrswege existieren noch geringfügige Versorgungslücken. Es sind zwar mehr Streckenkilometer durch alle etablierten Mobilfunknetzbetreiber versorgt worden, aber es bestehen immer noch Bereiche, die wir verbessern müssen. Deshalb stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Es gibt einen besonderen Handlungsbedarf, und das werden wir bei den aktuell zur Konsultation gestellten Rahmenbedingungen für eine mögliche Verlängerung der Frequenznutzungsrechte auch berücksichtigen. Im Ergebnis hat die Summe aller Versorgungsaufgaben aus der Versteigerung 2019 in den letzten drei Jahren einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Mobilfunkversorgung bewirkt. Jeder Mobilfunknetzbetreiber hat mehrere tausend neue Standorte in Betrieb genommen und ebenso bei tausend bestehenden Standorten mit Blick auf Versorgungsaufgabenkapazitäten aufgerüstet. Wie Sie aus dem Bericht ersehen konnten, wurden die Versorgungsaufgaben neben der

5G-Auflage auch bei den Haushalten vollständig erfüllt. Die wichtigsten Bundesstraßen und die Bundesautobahnen sind bis auf einige Tunnel und eine geringe Anzahl an Standorten im Freifeld auflagenkonform versorgt. Die meisten Verzögerungen haben sich allerdings bei der Tunnelversorgung der fahrgaststarken Schienenwege gezeigt. Allerdings fehlten entlang der Verkehrswege im Freifeld noch vereinzelte Standorte, deren Verzögerungen von den Mobilfunknetzbetreibern nicht zu vertreten sind. Die Verzögerungsgründe lagen hier insbesondere darin, dass die Deutsche Bahn wegen der internen Prüfungen zu den Voraussetzungen für das zukünftig einzuführende Future Railway Mobile Communication System die Mitnutzungsanfragen der Netzbetreiber für Standorte zunächst nicht weiter bearbeitet hat. Aber auch die anderen Verzögerungsgründe bei der rechtzeitigen Realisierung der Mobilfunkversorgung haben in der Prüfung ergeben, dass die Mobilfunknetzbetreiber bei den meisten Fällen die Verzögerungen nicht zu vertreten hatten. Zuletzt noch einige Sätze zu der Versorgungsaufgabe zur Versorgung der weißen Flecken. Diese wurde nicht vollständig fristgerecht erfüllt. Dem Mobilfunkbericht können Sie entnehmen, wie viele Basisstationen in den einzelnen Bundesländern im weißen Fleck in Betrieb genommen wurden. Allerdings ist in vielen Fällen eine Vielzahl von festgelegten weißen Flecken durch Maßnahmen seitens der Mobilfunknetzbetreiber im Rahmen des Netzausbaus von außen mit der geforderten Übertragungsrate von 100 Megabit pro Sekunde versorgt. Die BNetzA hat in diesen Fällen ebenfalls die Erfüllung der Auflage anerkannt, soweit die Flecken mit der geforderten Datenrate versorgt sind, da es um die Versorgung des weißen Flecks geht und nicht darum, ob die Basisstation dort genau steht. Dennoch sind von jedem Netzbetreiber einige weiße Flecken noch nicht versorgt. Ein kurzes Wort zum Newcomer 1&1 Mobilfunk. Sie wissen alle, dass der Newcomer 1&1 seine Versorgungsaufgabe, bis letztes Jahr 1.000 Basisstationen für 5G-Anwendungen in Betrieb zu nehmen, im erheblichen Umfang nicht erfüllt hat. Die BNetzA hat daher gegen 1&1 das Durchsetzungsverfahren, also im Verwaltungsvollstreckungsrecht, mit einer Nachfrist zur vollständigen Erfüllung der Versorgungsaufgabe sowie mit einer Anhörung zum Bußgeldbescheid für schuldhaft zu vertretende Verzö-



gerungen das Ordnungswidrigkeitenverfahren eröffnet, das sicherlich mit einem Bußgeld enden wird. Die Rechtsfolgemaßnahmen gegen die drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, also Deutsche Telekom, Telefonica, Vodafone, sind abschließend geprüft und befinden sich derzeit im Geschäftsgang. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Eschweiler, für den Bericht. Wir kommen jetzt in die Debattenrunde. Als erstes hat die SPD-Fraktion das Wort. Die Redezeit teilen sich Johannes Schätzl und Parsa Marvi.

Abg. **Parsa Marvi** (SPD): Vielen Dank, Frau Ausschussvorsitzende. Ich würde in der Tat mit meiner Frage starten und dann an den Kollegen Schätzl abgeben. Meine Frage bezieht sich auf den Bereich Mobilfunkversorgung und Deutsche Bahn. Dort haben wir in den Versorgungsaufgaben festgehalten, dass 100 Mbit – die Deutsche Bahn will mit 200 Mbit sogar mehr erreichen – bei den Reisenden ankommen sollen. Das ist ein unterstützenswertes Ziel. Unsere Frage wäre aber, wie wir mit dem absehbaren Mehrbedarf durch immer weiter steigende Datennutzung umgehen.

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Ja, Sie wissen, wir sind auch mit der Deutschen Bahn im Gespräch. Daran nimmt jetzt auch das Ministerium teil. Mehr geht immer, aber in den Versorgungsaufgaben sind 100 Mbit pro Sekunde festgelegt. Wenn man durch freiwillige Vereinbarungen mehr schaffen kann, immer gerne. Sie wissen auch, dass erhebliche Initiativen unternommen werden, damit es jetzt endlich zu den Scheiben kommt, die durchlässig sind, dass mehr Repeater aufgebaut werden. Es gibt Gespräche und viel Bewegung, auch durch das BMDV. Wir unterstützen das, soweit wir können.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Vielen Dank, Herr Eschweiler. Ich habe Fragen zum Bereich Versorgungsaufgaben und Versorgung. Ich zitiere einmal aus Ihrem Bericht: Die Angaben der Mobilfunknetzbetreiber werden durch die BNetzA messtechnisch mithilfe des hauseigenen Messdienstes in ausgewählten Referenzregionen und an ausgewählten Referenzstrecken überprüft. Die persönliche Erfahrung ist, dass wir Bahn fahren, eigentlich eine gute Versorgung hätten, in Regionen kommen, in denen die Abdeckung eigentlich gesichert sein müsste und wir kein Netz haben. Das passiert

uns mit Sicherheit allen in unseren Wahlkreisen. Wie kommt es zu der Nichtversorgung in Gebieten, die gemäß dem Bericht eigentlich abgedeckt wären? Wie könnten wir das tatsächlich verbessern?

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Wir können das verbessern, indem wir das noch einmal in den Versorgungsaufgaben für die anstehenden Frequenzvergaben aufgreifen. Wir haben das Problem, dass wir die Deutsche Bahn nicht direkt pönalisieren können, weil die Versorgungsaufgaben als Adressaten die Telekommunikationsunternehmen vorsehen. Insofern würden wir es begrüßen, wenn man sich überlegen könnte, ob man in das Telekommunikationsgesetz (TKG) eine Regelung aufnehmen könnte, wonach auch die Deutsche Bahn verpflichtet ist, Versorgungsaufgaben mit zu erfüllen.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Bürgerinnen und Bürger können Funklöcher melden, die eigentlich laut Berechnung abgedeckt sein werden müssen. Führt das dann dazu, dass die Versorgungsqualität oder die Versorgungsaufgaben im Nachhinein noch einmal berechnet werden?

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Können Sie die Frage noch einmal präzisieren?

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Sie berechnen die Versorgung ja mit einem eigenen Messdienst, Sie wissen es also.

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Ja, die Pegelwerte.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Es meldet sich ein Bürger oder eine Bürgerin und sagt: Ich habe hier ein Funkloch. Eigentlich dachten Sie, das wäre abgedeckt. Das geht natürlich in Ihre Berechnung hinein. Wird dann im Nachhinein noch einmal rückberechnet, dass die Versorgung in diesem Gebiet eigentlich geringer war?

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Das Problem mit der Funkloch-App ist, dass die Frage immer lautet, wie gut Ihr Endgerät und wie gut Ihr Vertrag ist. Insofern ist es immer schwierig, auch bei den Pegelwerten. Sie wissen, der eine Pegelwert berechnet sich bei 1,5 Metern und der andere bei drei Metern. Insofern ist es immer schwierig, die Dinge zusammenzuführen. Aber es wird nicht zurückgerechnet. Wir müssen nach vorne gucken. Die Verbesserung geht, indem wir uns noch mit



den Versorgungsaufgaben bei der neuen Vergabe der Frequenzen anstrengen.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Vielen Dank, letzter Satz: Ich brauche natürlich für die Funkloch-App auch ein Netz.

Die **Vorsitzende**: Für die CDU/CSU-Fraktion hat Ronja Kemmer das Wort.

Abg. **Ronja Kemmer** (CDU/CSU): Von meiner Seite erst einmal herzlichen Dank. Ich starte mit dem großen Thema Bahn und Tunnel und war insofern etwas überrascht, weil Sie dazu wohl auch Zahlen – zumindest im Hintergrund – haben und im konkreten Bericht zumindest an den verschiedenen Stellen stand, dass sowohl für den Schienen- als auch für den Straßenverkehr beim Thema Tunnel gar keine Zahlen vorliegen. Vielleicht können Sie uns an dieser Stelle kurz aufklären.

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Wir haben im Bericht Zahlen für die Tunnel. Dort sind doch Zahlen enthalten.

Abg. **Ronja Kemmer** (CDU/CSU): Ich könnte jetzt an mehreren Stellen nachschauen. Ich glaube, es waren Seite 10 und 14, auf denen die Zahlen ausgewiesen sind. Und da steht „ohne Tunnel“. Aber gut, vielleicht habe ich es auch an anderer Stelle übersehen. Ich zumindest fand es auffällig beim Lesen des Berichtes, weil natürlich die Zahlen für die Tunnel ganz entscheidend sind.

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Dann schlage ich Ihnen vor, dass wir Ihnen die Zahlen nachreichen. Einverstanden?

Abg. **Ronja Kemmer** (CDU/CSU): Das wäre wunderbar. Warum ist eigentlich der Unterschied so groß zwischen den Versorgungsaufgaben und dem Nutzererlebnis in der Praxis? Das ist das, worum es am Ende auch geht. Es ist so, dass wir die Versorgungsaufgaben für die Strecke an der Schiene festgelegt hatten, aber eben nicht im Zug. Diskussionen zu zukünftigen Frequenzversteigerungen sind gerade im Gange. Ich glaube, es ist ganz zentral, dass die Versorgungsaufgaben eben diesen Aspekt berücksichtigen. Und im Übrigen auch, was bisher gar nicht Thema ist, in den S- und U-Bahnen. Auch da ist das Nutzererlebnis ganz mitentscheidend. Können Sie uns ein Bild dazu geben, wie die Diskussionen zu diesen Fragen momentan verlaufen?

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): In der Fachabteilung wird zurzeit jeder Aspekt diskutiert, aber Sie wissen auch, dass wir auf den Tisch gelegt haben, dass wir die Frequenzen verlängern möchten. Wir haben einen Zeitraum von fünf Jahren anvisiert. Wir werden sicherlich auch in den ländlichen Regionen die Versorgungsaufgaben schärfen. Es ist auch zu diskutieren, ob wir U- und S-Bahnen aufnehmen. Das ist auch schon beim letzten Mal intern aufgegriffen worden. Das liegt also alles auf dem Tisch. Wir müssen am Ende in einer Gesamtbetrachtung schauen, dass die Auflagen verhältnismäßig sind und alles vor Gericht hält. Denn das ist auch eine Verlängerung und wird für die Unternehmen nicht umsonst sein. Es kann immer sein, dass Versorgungsaufgaben vor Gericht angegriffen werden. Das muss am Ende des Tages halten. Wir schauen uns aber alles openminded – also völlig offen und ohne Vorbehalte – an.

Abg. **Ronja Kemmer** (CDU/CSU): Es ist ganz entscheidend, dass die Versorgungsaufgaben nachher mit der tatsächlichen Nutzererfahrung einhergehen und übereinstimmen. Der Punkt ist aber auch, dass die Versorgungsaufgaben nur so gut sind, wie sie nachher überprüft und im Zweifel dann auch entsprechend sanktioniert werden. Jetzt ist der Prüf- und Messdienst angesprochen worden. Wir hatten Anfang des Jahres dazu eine Frage, auch eine Kleine Anfrage, an das Haus gestellt. Die Antworten ergaben, dass es zwischen den Kapazitäten, die der Prüf- und Messdienst hat und dem, was tatsächlich geprüft wird, doch einen großen Unterschied gibt. Woran liegt das? Ist in der konkreten Umsetzung auch geplant, tatsächlich mehr zu prüfen und entsprechend zu messen?

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Ja, wir werden zukünftig mehr messen und die Funkwagen noch mehr in die Fläche hineinfahren lassen.

Die **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Maik Außendorf das Wort.

Abg. **Maik Außendorf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Danke Herr Dr. Eschweiler für den Bericht, der sich erst einmal sehr positiv liest. Wir sehen viele Fortschritte bei den weißen Flecken, bei den grauen Flecken auch, aber noch nicht in dem Umfang, wie es sein müsste. Dass wir die weißen Flecken



schließen führt dazu, dass zumindest eine Notversorgung gegeben ist, in der Regel in Form eines Netzbetreibers. Meine Fragen gehen dahin und schließen an die der CDU/CSU an. Was sind dort für weitere Maßnahmen geplant? Sind auch schon Sanktionen verhängt worden? Wenn wir die Zahlen betrachten, dann stellen wir fest, dass sich selbst Mitte dieses Jahres die Erfüllung im Bereich von 20 bis 30 Prozent bewegt. Gibt es Zeitpläne, die Ihnen die Netzbetreiber vorlegen, wann diese Vorgaben endgültig geschlossen sind? Wie sieht es aus mit Maßnahmen, um die grauen Flecken auch zu schließen? Denn das ist genau das Nutzererlebnis. Es hilft mir nichts, wenn ein anderer Netzbetreiber mein Funkloch bedient und ich selber mit meinem immer noch nicht telefonieren kann. Sind dort auch weitere National Roaming-Maßnahmen geplant? Damit würde man das Problem unmittelbar und schnell beheben können.

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Was die Versorgungsauflagen und die Überprüfung der Erfüllung angeht, muss man differenzieren. Ich habe versucht, das eingangs zu skizzieren. Zum einen gibt es ein Durchsetzungsverfahren nach dem Verwaltungsvollstreckungsrecht. Dort setzt man eine Nachfrist und schaut, wann die Auflagen vollständig erfüllt werden können. Diese Prüfung ist verschuldensunabhängig. Da haben wir ein Verfahren eröffnet bzw. müssen ein Verfahren eröffnen. Hier muss auch angehört werden. Dies ist im Geschäftsgang. Zum anderen gibt es das Ordnungswidrigkeitenverfahren, sprich: den Bußgeldbescheid. Dieser ist verschuldensabhängig. Auch hier ist vorher anzuhören und auch das ist im Geschäftsgang. Die Dinge sind auf dem Weg, was die etablierten Unternehmen angeht. Das schauen wir auch nach. Sie müssen auch monatlich berichten. Wir werden harte Fristen setzen, was auch pönalisiert ist. Zu 1&1 habe ich ausführlich vorgetragen. Dort haben die Rechtsanwälte Fristverlängerung beantragt. Bei 1&1 geht das Verwaltungsverfahren erst richtig Ende September 2023 los, weil sich die Fristverlängerung bis dahin zieht. Das Bußgeldverfahren für 1&1 kommt Ende Oktober 2023. Insofern sind die Dinge auf dem Weg.

Abg. **Maik Außendorf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann hätte ich noch eine Anschlussfrage. Diesen Punkt haben meine Vorrednerinnen und Vorredner schon angesprochen. Die Bahn und das Endbenutzererlebnis weichen deutlich

von dem ab, was in Berichten zu lesen ist. Gibt es eine Planung Ihrerseits, das Endbenutzererlebnis zu messen? Es ist technisch nicht so schwierig, Messgeräte in Zügen mitfahren zu lassen, um die Erreichbarkeit für verschiedene Netze zu ermitteln. Oder gibt es schon Erkenntnisse darüber, dass andere private Zivilgesellschaften dies gemacht hätten?

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Nein, wir überlegen, eigene Messungen durchzuführen.

Abg. **Maik Außendorf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, das ist wunderbar. Dann habe ich noch eine vierte Frage zum Thema Diensteanbieterverpflichtung. Sie haben schon eine Veröffentlichung zu den Vergabekriterien für die Zukunft gemacht. Sehen Sie es als ausreichend an, dass nicht nur die Zweitmarken geschützt, sondern auch Drittanbieter ausreichend begünstigt und berücksichtigt werden?

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Wir haben eine Art Konsultationspapier bzw. Eckpunktepapier erarbeitet. Dieses legt fest, dass es eine Diensteanbieterregelung geben soll. Das geht von einer Verhandlungspflicht bis zu einem Diskriminierungsverbot. Es ist aber kein Kontrahierungszwang statuiert. Wir werden jetzt einmal schauen, wie der Konsultationsprozess verläuft und wie die Argumentation ist. Dann werden wir uns das alles noch einmal anschauen.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank. Maximilian Funke-Kaiser hat für die FDP-Fraktion das Wort.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser (FDP):** Vielen Dank. Ich möchte zu Beginn sagen, dass die Zahlen im Bericht sehr zufriedenstellend sind. Zumindest im Kontext, wo wir herkommen. Es geht voran, und zwar sichtlich. Auch subjektiv empfinden die Menschen, dass es besser ist als noch vor vielen Jahren. Wenngleich es natürlich immer noch besser geht. Das ist auch das erklärte Ziel. Wir geben uns mit der derzeitigen Abdeckung noch nicht zufrieden, wenngleich 87 Prozent 5G eine gute Sache ist. Wir haben aber auch bewusst in den Koalitionsvertrag die flächendeckende Versorgung aufgenommen. Jetzt hätte ich eine Frage an Sie, Herr Eschweiler. Wir haben das Konsultationspapier bekommen. Sie haben dort den Punkt aufgenommen, dass die Frequenzbereiche verlängert werden sollen. Jetzt haben wir ein großes Problem mit weißen Flecken. Es ist nicht nur das,



sondern viele andere Punkte sind dort nicht enthalten. Wir haben ein großes Problem mit weißen Flecken. Graue Flecken sind besser geworden. Sie schlagen in Ihrem Konsultationspapier eine Übergangsentscheidung vor, nämlich, dass die Frequenzbereiche für fünf Jahre verlängert werden. Jetzt haben wir im Koalitionsvertrag vor allem auch für die Versorgung ländlicher Bereiche die sogenannte Negativ-Auktion mit aufgenommen, um diese weißen Flecken besser als bislang schließen zu können. Dies ist bisher kein Bestandteil des Konsultationspapiers. Planen Sie, dies im Laufe des Prozesses noch mit aufzunehmen?

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Ja, in einem Konsultationspapier ist nichts in Stein gemeißelt. Die Frage ist natürlich: Eine Negativ-Auktion setzt immer pekuniäre Voraussetzungen. Das lässt sich am besten im Wege einer vorgeschalteten Auktion bewerkstelligen. Insofern könnte die nächste Auktion vielleicht in drei Jahren sein. Wenn man es jetzt im Zuge der Verlängerung machen will, müsste Geld auf dem Tisch liegen, um eine Negativ-Auktion pekuniär zu untermauern. Wenn wir uns darüber austauschen können, wäre Vieles in dem Moment denkbar.

**Abg. Maximilian Funke-Kaiser (FDP):** Wir haben eine derzeitige Mobilfunkförderung, wofür wir Geld brauchen. Das muss aber nicht zwingend an eine – das haben Sie selber gesagt – Versteigerung gekoppelt werden. Weitere Frage: Sie haben zu Recht den Begriff Verhältnismäßigkeit angesprochen. Es handelt sich offensichtlich um die Verlängerung im Sinne der Netzbetreiber. Wir sehen in dem Konsultationspapier, wenn es um die Versorgungsaufgaben geht, bislang nur Haushaltsabdeckungen, keine Flächenvorgaben. Könnten Sie darauf noch einmal eingehen? Denn das war auch der politisch formulierte Wille im Koalitionsvertrag. Wir wissen, dass die BNetzA das eigenverantwortlich und eigenständig macht. Könnten Sie darauf eingehen, ob das auch noch Teil in diesem Prozess sein würde? Denn das wird ein sehr wichtiger Punkt.

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Ja, noch einmal, ich kann mich nur wiederholen. Nichts ist in Stein gemeißelt. Das ist ein erster Entwurf. Aber natürlich, wenn ich von einer Verlängerung von fünf Jahren ausgehe und immer unterstelle, dass eine Versorgungsaufgabe verhältnismäßig sein muss, muss ich mir ganz genau überlegen:

Switche ich um von Fläche oder in Haushalte. Dadurch, dass Haushalte auch dort sind, wo nur 100 Einwohner pro Quadratkilometer sind, müsste sich eigentlich der Flächenanteil – der jetzt bei 87 Prozent liegt – signifikant erhöhen. Aber auch darüber müssen wir noch einmal diskutieren, auch im Beirat. Da nehmen wir alle Argumente auf.

**Die Vorsitzende:** Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion hat Barbara Benkstein das Wort.

**Abg. Barbara Benkstein (AfD):** Vielen Dank. Ich möchte auf eine Frage von einer Vorrednerin bezüglich der eigenen Prüfung durch die BNetzA eingehen. Wie genau soll das passieren? Haben Sie schon konkrete Planungen? Oder ist es eher noch der Gedanke?

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Was meinen Sie? Den Prüf- und Messdienst oder welche Prüfung?

**Abg. Barbara Benkstein (AfD):** Die Angaben zur Mobilfunknetzabdeckung durch die Mobilfunknetzbetreiber.

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Die werden immer durch unseren Prüf- und Messdienst in Referenzgebieten geprüft. So viele Messfahrzeuge haben wir nicht, dass tausende Messfahrzeuge durch die ganze Bundesrepublik fahren können, sondern das erfolgt nach einem ausgeklügelten System. Das wird in Referenzpunkten gemacht.

**Abg. Barbara Benkstein (AfD):** Vielen Dank. Ich habe einen ländlichen Wahlkreis, und Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement schon erwähnt, dass im ländlichen Raum eine Verschärfung der Versorgungsaufgaben vorstellbar ist. Gibt es schon konkretere Planungen, ist es noch im Geschäftsgang oder kommt da etwas?

**Dr. Wilhelm Eschweiler (BNetzA):** Ich habe einige Andeutungen gemacht, dass in dem Konsultationspapier zur Verlängerung der Frequenzen Verschärfung bezüglich von Haushalten, bei denen 100 Einwohner pro Quadratkilometer gegeben sind, enthalten sind. Das ist schon eine erhebliche Verschärfung zur letzten Versorgungsaufgabe. Das bewegt sich alles in Richtung Flächenkonstruktion. Wir können nur keine hundertprozentige Flächenauflage machen. Dann bewegen wir uns im Universaldienst. Es gibt gewisse Beschränkungen. Aber wir wissen schon, dass wir, was den



ländlichen Bereich angeht, Dinge noch verschärfen müssen.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Vielen Dank. Dann habe ich noch eine Frage zum 4G-Mobilfunkförderprogramm zur Schließung der ca. 5.000 weißen Flecken mit Funkmasten. Das Programm wurde im Juni 2021 verabschiedet und läuft nächstes Jahr bereits wieder aus. Die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) hat allerdings erst 18 Förderbescheide zum Aufbau der Funkmasten erstellt. Wie viele Funkmasten sollen im Laufe des Förderprogramms realistischerweise noch bis Ende 2024 gefördert werden? Gibt es gegebenenfalls Bedarf oder sehen Sie den Bedarf, dass es ein Nachfolgeförderprogramm geben wird?

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Die Frage gebe ich ans Ministerium ab, weil dort die Zuständigkeit liegt.

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Wir wollen natürlich so viele wie möglich fördern. Das ist jetzt angelaufen. Es hat etwas gedauert, bis die MIG hier Fahrt aufgenommen hat. Und selbstverständlich ist es uns ein großes Anliegen, hier schnell voranzukommen. Ob man dann tatsächlich noch weitere Förderprogramme auflegen muss, wird man mit der Evaluation, die wir parallel betreiben, sehen.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Eine Nachfrage: Wir hatten im Bereich des Glasfaserausbaus schon einmal die Situation, dass die finanziellen Mittel etwas schneller vergeben waren als erwartet. Besteht das Risiko bei diesem Förderprogramm auch oder ist es hier noch entspannt?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Nein, es ist sehr entspannt. Es ist natürlich etwas völlig anderes, weil hier die Kommunen betroffen sind. Das ist ein ganz anderes Förderprogramm. Das kann man auch nicht einfach miteinander vergleichen.

Abg. **Barbara Benkstein** (AfD): Dann bedanke ich mich.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für DIE LINKE. hat Anke Domscheit-Berg das Wort.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Herzlichen Dank. Ich will auf das Thema Flächenversorgung im ländlichen Raum zurückkommen. Die Tabelle, die wir im Bericht gefunden haben, enthält allein vier große Flächenländer, wo mehr

als ein Fünftel oder ungefähr ein Fünftel der Fläche nur von einem einzigen Netzbetreiber versorgt wird. In der Realität der Menschen ist das für ganz viele ein Funkloch. Jetzt habe ich schon gehört, worüber man dort nachdenkt, aber eine Sache habe ich noch nicht gehört, und die ist regionales Roaming. Wird das explizit erwogen, um die Mobilfunkerreichbarkeit im ländlichen Raum zu verbessern? Und im gleichen Zusammenhang die Frage: 1&1 hat einen Antrag auf National Roaming gestellt. Was ist dort der Stand der Dinge?

**Dr. Wilhelm Eschweiler** (BNetzA): Was das nationale Roaming angeht, gibt es einen Antrag von 1&1, der jetzt ruhend gestellt ist, weil 1&1 eine Roaming-Vereinbarung mit Vodafone hat, die zum 1. Januar nächsten Jahres greifen soll. Und was das regionale Roaming angeht: Das schauen wir uns an. Noch ist über die Versorgungsaufgaben für die nächste Frequenzentscheidung nicht entschieden. Ich habe mehrmals betont, dass dort alles auf dem Tisch liegt und wir uns sicherlich auch noch einmal im Beirat darüber unterhalten werden.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich hoffe, dass es dazu kommt, weil sich alles andere schon seit Jahren hinzieht und keine tatsächliche Veränderung zu bringen scheint. Insofern hoffe ich, dass daraus etwas wird. Meine nächste Frage bezieht sich auf die MIG. Diese hatte im Jahr 2022 20 Millionen, 2023 hat sie 35 Millionen. Das macht zusammen 55 Millionen. Bei 18 Förderbescheiden für Funklöcher sind es 3 Millionen pro Funkloch, und geschlossen sind sie ja noch nicht. Das sind erst einmal nur die Förderbescheide. Zum einen wüsste ich gerne, wie viele Funklöcher tatsächlich Stand jetzt geschlossen sind. Und was ist zum anderen der Zeitplan, um die Meilensteine von 18 bis 5.000 Funklöcher noch zu schließen? Und würde man das noch einmal tun bei 3 Millionen pro Funkloch Volumen?

**Friedhelm Bertelsmeier** (BMDV): Vielen Dank, dazu würde ich gerne etwas sagen. Es hat sich gezeigt, dass es sich bei den Standorten, die die MIG versorgt, um sehr ländliche Regionen handelt und dass ein Großteil der Kosten auch dadurch verursacht wird, dass die Anbindung der Standorte über Glasfaser und Strom erhebliche Kosten verursacht. Diese Kosten sind weitaus höher, als man zunächst erwartet hatte. Insofern sind die Einzelstandorte, so wie Sie gesagt haben, relativ teuer.





Die MIG hatte, wie die Frau Staatssekretärin gesagt hat, durchaus Startschwierigkeiten. Der Start war länger als erwartet, aber im Moment hat es doch eine gewisse Dynamik aufgenommen und man hat eine Vielzahl von Standorten und auch weiße Flecken weiter im Blick. Wie weit sich das dann auch bis zum Ende nächsten Jahres weiterentwickelt, muss man sehen. Das wird man im Blick behalten.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Aber irgendwelche Meilensteine wird es doch geben? Wann wollen wir einmal 50 geschlossen haben, wann 100? Geht es ein bisschen konkreter?

**Friedhelm Bertelsmeier** (BMDV): Das müssten wir nachliefern.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Das habe ich gerne auch nachgeliefert.

Die **Vorsitzende**: Die Zeit ist leider um. Wir haben eine volle Tagesordnung. Insofern ganz herzlichen Dank für den Bericht, für das Kommen an unsere Gäste. Wir werden das Thema weiterhin hier im Ausschuss begleiten.

**Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme und erwartet einen ergänzenden Bericht der Bundesnetzagentur bis zur 41. KW.**

Tabea Rößner, MdB  
**Vorsitzende**